Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10433

20. 04. 98

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. November 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien über Soziale Sicherheit

A. Zielsetzung

Durch das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung soll im Bereich der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen, insbesondere für den Fall, daß sie sich im anderen Staat aufhalten, sichergestellt und koordiniert werden.

Das neue Abkommen soll das bisher im Verhältnis beider Staaten weitergeltende Abkommen vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit ablösen.

B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet im Rahmen seines sachlichen Geltungsbereichs Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Vertragsstaat. Im Bereich der Kranken- und Unfallversicherung ist vorgesehen, daß den Versicherten – unter anderem auch Touristen – beim Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen aushilfsweise vom dortigen Träger der Kranken- bzw. Unfallversicherung erbracht werden. Ferner ist vorgesehen, daß in der deutschen und kroatischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Mit dem Inkrafttreten des Abkommens tritt im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten das deutsch-jugoslawische Abkommen vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit außer Kraft.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes sollen die Übereinkünfte die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Preisliche Auswirkungen ergeben sich nicht.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (311) – 806 06 – Ab 57/98

Bonn, den 20. April 1998

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. November 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 723. Sitzung am 27. März 1998 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 24. November 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden, in Bonn am 24. November 1997 unterzeichneten Übereinkünften wird zugestimmt:

1. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien über Soziale Sicherheit,
2. Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Repubik Kroatien über Soziale Sicherheit.

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens für einzelne Träger der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Über den Ausgleich entscheidet auf Antrag die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung-Ausland im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf alle Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Vorjahres, ohne Rentner, aufgebracht.

Artikel 3

(1) Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens und der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens für einzelne Träger der Unfallversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese ausgeglichen werden. Über den Ausgleich entscheidet auf Antrag der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V. in seiner Eigenschaft als deutsche Verbindungsstelle im Bereich der Unfallversicherung. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden vorbehaltlich des Absatzes 2 durch Umlage auf alle gewerblichen Berufsgenossenschaften nach dem Verhältnis der Ausgaben für Sachleistungen der einzelnen gewerblichen Berufsgenossenschaft zu den Ausgaben aller gewerblichen Berufsgenossenschaften für Sachleistungen des vorvergangenen Kalenderjahres aufgebracht.

(2) Außergewöhnliche Belastungen, die gemäß Artikel 23 Abs. 1 des Abkommens bei entsprechender Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften über die Zuständigkeiten in der gesetzlichen Unfallversicherung einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft oder einem Träger der öffentlichen Unfallversicherung entstanden wären, werden auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften oder auf die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand umgelegt. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend. Im Bereich der Unfallversicherung der öffentlichen Hand bleiben bei der Ermittlung der Umlage die Ausgaben für Sachleistungen, die für den versicherten Personenkreis nach § 2 Abs. 1 Nr. 8 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch erbracht werden, außer Betracht.

Artikel 4

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zu regeln. Die Vereinbarungen können auch Änderungen der in Artikel 1 Nr. 2 genannten Durchführungsvereinbarung vorsehen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 28 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geld- und Sachleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 28 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Abkommen nach seinem Artikel 44 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 13 Abs. 1 in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sich die Übereinkünfte auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit den Übereinkünften das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung gibt die Ermächtigung, im Vergleich zu anderen Trägern der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen einer Krankenkasse auszugleichen, die durch das Abkommen entstehen können, z.B. Belastungen mit nicht erstattungsfähigen Verwaltungskosten für die Betreuung von Versicherten der kroatischen Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entscheidung der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung-Ausland unterliegt gegebenenfalls der Nachprüfung durch die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung gibt die Möglichkeit, infolge der Erbringung von Sachleistungsaushilfe ausnahmsweise entstandene außergewöhnliche Belastungen eines Trägers der Unfallversicherung durch Umlage auf die anderen Träger der Unfallversicherung zu verteilen. Die Entscheidung des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V. unterliegt gegebenenfalls der Nachprüfung durch die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 4

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 44 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 13 Abs. 1 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien über Soziale Sicherheit

Ugovor o socijalnom osiguranju između Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Kroatien –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe

1. „Hoheitsgebiet"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,

   in bezug auf die Republik Kroatien das Staatsgebiet der Republik Kroatien;

2. „Staatsangehöriger"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   in bezug auf die Republik Kroatien einen Staatsangehörigen der Republik Kroatien im Sinne der Vorschriften über die kroatische Staatsangehörigkeit;

3. „Rechtsvorschriften"

   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich des Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) jeweils erfaßten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen;

4. „zuständige Behörde"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,

   in bezug auf die Republik Kroatien das Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge und das Ministerium für Gesundheitswesen;

5. „Träger"

   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfaßten Rechtsvorschriften obliegt;

6. „zuständiger Träger"

   den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;

Savezna Republika Njemačka

i

Republika Hrvatska

u želji da urede svoje odnose na području socijalnog osiguranja

sporazumjele su se o sljedećem:

Dio I.

Opće odredbe

Članak 1.

Definicija pojmova

(1) U ovom ugovoru znače pojmovi:

1. »Područje suvereniteta«

   u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku područje suvereniteta Savezne Republike Njemačke,

   u odnosu na Republiku Hrvatsku državni teritorij Republike Hrvatske;

2. »državljanin«

   u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku Nijemca u smislu Osnovnog zakona za Saveznu Republiku Njemačku,

   u odnosu na Republiku Hrvatsku državljanina Republike Hrvatske u smislu propisa o hrvatskom državljanstvu;

3. »pravni propisi«

   zakone, uredbe, statute i druge opće pravne akte koji se odnose na grane i sustave socijalnog osiguranja obuhvaćene pravnim propisima na koje se Ugovor odnosi (članak 2. stavak 1.);

4. »nadležno tijelo«

   u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku Savezno ministarstvo za rad i socijalni poredak,

   u odnosu na Republiku Hrvatsku Ministarstvo rada i socijalne skrbi i Ministarstvo zdravstva;

5. »nositelj«

   ustanovu ili tijelo zaduženo za provedbu pravnih propisa na koje se Ugovor odnosi (članak 2. stavak 1.);

6. »nadležni nositelj«

   nositelja koji je nadležan prema pravnim propisima koji se primjenjuju;

7. „Beschäftigung"

   eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

8. „Versicherungszeiten"

   Beitragszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind;

9. „Geldleistung", „Rente" oder „Unfallrente"

   eine Rente, Unfallrente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen.

(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.

7. »zaposlenje«

   zaposlenje ili djelatnost u smislu pravnih propisa koji se primjenjuju;

8. »razdoblja osiguranja«

   razdoblja uplaćenih doprinosa koja su u pravnim propisima prema kojima su navršena tako određena, te ostala razdoblja priznata prema ovim pravnim propisima, koja se uzimaju u obzir;

9. »novčano davanje«, »mirovina«, ili »renta«

   mirovinu, rentu za nesreću na poslu ili neko drugo novčano davanje, uključujući sve dodatke, doplatke i povećanja;

(2) Ostali pojmovi imaju značenje koje im pripada prema pravnim propisima koji se primjenjuju u dotičnoj državi ugovornici.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich auf

die deutschen Rechtsvorschriften über

a) die Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit sie die Erbringung von Geld- und Sachleistungen durch die Träger der Krankenversicherung zum Gegenstand haben,

b) die Unfallversicherung,

c) die Rentenversicherung,

d) die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,

e) die Alterssicherung der Landwirte;

die kroatischen Rechtsvorschriften über

a) die Krankenversicherung und den Gesundheitsschutz,

b) die Renten- und Invalidenversicherung einschließlich der Versicherung für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung des Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit das andere Abkommen oder das überstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines der beiden Vertragsstaaten übergegangen oder aus deren Last abgegeben worden sind.

Članak 2.

Pravni propisi na koje se Ugovor odnosi

(1) Ovaj se ugovor odnosi na

– njemačke pravne propise o

a) zdravstvenom osiguranju i zaštiti zaposlene majke, ako je njihov predmet pružanje davanja u novcu i davanja u naravi preko nositelja zdravstvenog osiguranja,

b) osiguranju za slučaj nesreće na poslu,

c) mirovinskom osiguranju,

d) talioničko-rudarskom dodatnom osiguranju,

e) starosnom osiguranju poljoprivrednika;

– hrvatske pravne propise o

a) zdravstvenom osiguranju i zdravstvenoj zaštiti,

b) mirovinskom i invalidskom osiguranju, uključujući osiguranje za slučaj nesreće na poslu i profesionalne bolesti.

(2) Postoje li prema pravnim propisima jedne države ugovornice, pored uvjeta za primjenu ovog ugovora, i uvjeti za primjenu nekog drugog ugovora ili međunarodne regulative, nositelj te države ugovornice neće u primjeni ovog ugovora uzeti u obzir drugi ugovor ili međunarodnu regulativu. Ovo ne vrijedi ako drugi ugovor ili međunarodno pravo sadrži odredbe o reguliranju tereta osiguranja, prema kojima su razdoblja osiguranja konačno prešla na teret jedne od država ugovornica ili su uzeta iz njihovog tereta.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für folgende Personen, für die die Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten gelten oder galten:

1. als unmittelbar erfaßte Personen

   a) Staatsangehörige eines Vertragsstaats,

   b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,

   c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,

2. als mittelbar erfaßte Personen

   andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten,

Članak 3.

Osobe na koje se Ugovor primjenjuje

Ovaj ugovor vrijedi za sljedeće osobe za koje su vrijedili ili vrijede pravni propisi jedne od država ugovornica:

1. kao izravno obuhvaćene osobe

   a) državljane jedne države ugovornice,

   b) izbjeglice u smislu članka 1. Konvencije o pravnom položaju izbjeglica od 28. srpnja 1951. i Protokola od 31. siječnja 1967. uz navedenu Konvenciju,

   c) osobe bez državljanstva u smislu članka 1. Konvencije o pravnom položaju osoba bez državljanstva od 28. rujna 1954.,

2. kao neizravno obuhvaćene osobe

   ostale osobe u pogledu prava koja im pripadaju od državljanina jedne države ugovornice, od izbjeglice ili osobe bez državljanstva u smislu ovoga članka,

3. als Drittstaatsangehörige

Staatsangehörige eines anderen Staats als eines Vertragsstaats, soweit sie nicht zu den mittelbar erfaßten Personen gehören.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Die vom persönlichen Geltungsbereich unmittelbar oder mittelbar erfaßten Personen (Artikel 3), die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats.

Artikel 5

Gleichstellung der Hoheitsgebiete

Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen, das Erbringen von Leistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, gelten nicht für die unmittelbar oder mittelbar erfaßten Personen (Artikel 3), die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten. Dies gilt entsprechend für alle übrigen vom persönlichen Geltungsbereich des Abkommens erfaßten Personen (Drittstaatsangehörige), soweit es sich nicht um die Zahlung von Renten oder einmaligen Geldleistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung, Rentenversicherung, die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Alterssicherung der Landwirte sowie nach den kroatischen Rechtsvorschriften über die Renten- und Invalidenversicherung einschließlich der Versicherung für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten handelt.

Artikel 6

Versicherungspflicht von Arbeitnehmern

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet.

Artikel 7

Versicherungspflicht von entsandten Arbeitnehmern

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in den anderen Vertragsstaat entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in bezug auf diese Beschäftigung während der ersten 24 Kalendermonate allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats über die Versicherungspflicht so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 8

Versicherungspflicht von Seeleuten

(1) Für die an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines der beiden Vertragsstaaten führt, beschäftigten Personen gelten die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaats führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats hat und nicht Eigentümer des Schiffs ist, so gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

3. kao državljane treće države

državljane neke druge države osim država ugovornica, ako oni ne pripadaju neizravno obuhvaćenim osobama.

Članak 4.

Jednakost u postupku

(1) Izravno ili neizravno obuhvaćene osobe na koje se Ugovor primjenjuje (članak 3.), koje prebivaju na području suvereniteta jedne države ugovornice pri primjeni pravnih propisa te države ugovornice, izjednačene su s njenim državljanima.

(2) Davanja, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, pružat će se državljanima druge države ugovornice, koji prebivaju izvan područja suvereniteta država ugovornica, pod istim uvjetima kao i državljanima prve države ugovornice koji tamo prebivaju.

Članak 5.

Izjednačenost područja suvereniteta

Pravni propisi jedne države ugovornice, prema kojima su nastanak prava na davanja, pružanje davanja ili isplata novčanih davanja uvjetovani boravkom na području suvereniteta te države ugovornice, ne vrijede za izravno ili neizravno obuhvaćene osobe (članak 3.) koje borave na području suvereniteta druge države ugovornice. To jednako vrijedi za sve ostale osobe na koje se ugovor primjenjuje (državljani treće države), ako se ne radi o isplati renti ili jednokratnih novčanih davanja prema njemačkim pravnim propisima o osiguranju za slučaj nesreće na poslu, mirovinskom osiguranju, talioničko-rudarskom dodatnom osiguranju i starosnom osiguranju poljoprivrednika, te prema hrvatskim pravnim propisima o mirovinskom i invalidskom osiguranju, uključujući osiguranje za slučaj nesreće na poslu i profesionalne bolesti.

Članak 6.

Obveza osiguranja zaposlenika

Obveza osiguranja zaposlenika određuje se prema pravnim propisima države ugovornice na čijem su području suvereniteta oni zaposleni; to vrijedi i onda ako se poslodavac nalazi na području suvereniteta druge države ugovornice.

Članak 7.

Obveza osiguranja izaslanih zaposlenika

Ako zaposlenika, zaposlenog u jednoj državi ugovornici u okviru tog radnog odnosa poslodavac pošalje u drugu državu ugovornicu radi obavljanja nekog posla za tog poslodavca, tada za taj radni odnos za vrijeme prvih 24 kalendarska mjeseca i dalje vrijede isključivo pravni propisi prve države ugovornice o obvezi osiguranja, kao da je on još uvijek zaposlen na njenom području.

Članak 8.

Obveza osiguranja pomoraca

(1) Za osobe zaposlene na pomorskom brodu koji plovi pod zastavom jedne od država ugovornica, vrijede pravni propisi te države ugovornice.

(2) Ako je zaposlenik koji prebiva na području suvereniteta jedne države ugovornice privremeno zaposlen na pomorskom brodu koji plovi pod zastavom druge države ugovornice, kod poslodavca koji ima sjedište na području suverenita prve države ugovornice a nije vlasnik broda, tada u pogledu obveze osiguranja vrijede pravni propisi prve države ugovornice, kao da je zaposlenik zaposlen na njenom području suvereniteta.

Artikel 9

Versicherungspflicht anderer Personen

Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die vom sachlichen Geltungsbereich des Abkommens (Artikel 2) bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

Članak 9.

Obveza osiguranja drugih osoba

Odredbe ovog ugovora o obvezi osiguranja jednako vrijede za osobe koje nisu zaposlenici, ali se na njih primjenjuju pravni propisi na koje se Ugovor odnosi (članak 2.).

Artikel 10

Versicherungspflicht von Beschäftigten bei diplomatischen und konsularischen Vertretungen

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem oder einem Mitglied oder einem Bediensteten einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so, als wäre er dort beschäftigt.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsland aufgehalten, so kann er binnen sechs Monaten nach Beginn der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungslands wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung an.

(3) Beschäftigt die diplomatische oder konsularische Vertretung eines der Vertragsstaaten Personen, für die die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gelten, so hat sie die Verpflichtungen eines Arbeitgebers nach diesen Rechtsvorschriften einzuhalten.

Članak 10.

Obveza osiguranja zaposlenika u diplomatskim i konzularnim predstavništvima

(1) Ako državljanina jedne države ugovornice zaposli ta država ili član ili službenik nekog diplomatskog ili konzularnog predstavništva te države ugovornice, na području suvereniteta druge države ugovornice, tada za vrijeme tog zaposlenja u pogledu obveze osiguranja vrijede pravni propisi prve države ugovornice kao da je u njoj zaposlen.

(2) Ako je zaposlenik, naveden u stavku 1., prije početka zaposlenja prebivao u državi zaposlenja, on može u roku od šest mjeseci nakon početka zaposlenja u pogledu obveze osiguranja izabrati primjenu pravnih propisa države zaposlenja. O izboru treba obavijestiti poslodavca. Izabrani pravni propisi vrijede od dana obavijesti.

(3) Ako diplomatsko ili konzularno predstavništvo jedne od država ugovornica zapošljava osobe za koje vrijede pravni propisi druge države ugovornice, ono se mora držati obveza koje vrijede za poslodavca prema tim pravnim propisima.

Artikel 11

Ausnahmen von den Bestimmungen über die Versicherungspflicht

Auf Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag einer Person im Sinne des Artikels 9 können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht abweichen unter der Voraussetzung, daß die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

Članak 11.

Iznimke od odredaba o obvezi osiguranja

Na zahtjev zaposlenika i poslodavca ili na zahtjev osobe iz članka 9., nadležna tijela država ugovornica ili službe koje ona odrede mogu u međusobnom dogovoru odstupiti od odredaba ovog ugovora o obvezi osiguranja, pod uvjetom da se na tu osobu i dalje primjenjuju ili će se primjenjivati pravni propisi jedne od država ugovornica. Pritom treba uzeti u obzir vrstu i okolnosti zaposlenja.

Artikel 12

Zusammentreffen von Leistungen

(1) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats über das Nichtbestehen oder die Einschränkung eines Leistungsanspruchs oder einer Leistung beim Zusammentreffen mit anderen Leistungsansprüchen oder anderen Leistungen oder sonstigen Einkünften werden auch in bezug auf entsprechende Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats ergeben. Hätte dies zur Folge, daß beide Leistungen eingeschränkt werden, so sind sie jeweils um die Hälfte des Betrags zu mindern, um den sie nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen der Anspruch besteht, zu mindern wären.

(2) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats über das Nichtbestehen des Leistungsanspruchs oder die Einschränkung der Leistung, solange eine Beschäftigung oder eine bestimmte Beschäftigung ausgeübt wird oder eine Pflichtversicherung in der Rentenversicherung besteht, werden auch in bezug auf entsprechende Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder in dessen Hoheitsgebiet ergeben.

Članak 12.

Preklapanje davanja

(1) Pravni propisi jedne države ugovornice o nepostojanju ili ograničenju prava na davanje ili ograničenju davanja u slučaju postojanja i drugih prava na davanja, drugih davanja ili drugih prihoda, jednako se primjenjuju i na odgovarajuća činjenična stanja koja proizlaze iz primjene pravnih propisa druge države ugovornice. Ako bi to rezultiralo ograničenjem obaju davanja, tada se davanja umanjuju za polovinu svote za koju bi se umanjila prema pravnim propisima one države ugovornice na kojima se temelji pravo.

(2) Pravni propisi jedne države ugovornice o nepostojanju prava na davanje ili ograničenju davanja za vrijeme obavljanja nekog posla ili nekog određenog zaposlenja, odnosno za vrijeme postojanja obveznog mirovinskog osiguranja, primjenjuju se također i na odgovarajuća činjenična stanja koja proizlaze iz primjene pravnih propisa druge države ugovornice ili na njenom području suvereniteta.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung und Mutterschaft

Artikel 13

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten

Für die Versicherungspflicht, das Recht auf freiwillige Versicherung, für den Leistungsanspruch und für die Dauer der Leistung bei Krankheit oder Mutterschaft nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats werden die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten vergleichbaren Versicherungszeiten und Leistungszeiten erforderlichenfalls zusammengerechnet, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 14

Versicherung von Familienangehörigen

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften über die Versicherung der Familienangehörigen steht der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt in einem Vertragsstaat dem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im anderen Vertragsstaat gleich.

Artikel 15

Freiwillige Weiterversicherung

(1) Verlegt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats versichert war, den gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so kann sie, soweit dessen Rechtsvorschriften dies vorsehen, der Versicherung dieses Vertragsstaats nach den dort geltenden Rechtsvorschriften freiwillig beitreten, wenn für diese Person zu irgendeiner Zeit die Rechtsvorschriften des zweiten Vertragsstaats gegolten haben. Dabei steht dem Ausscheiden aus einer Pflichtversicherung das Ausscheiden aus einer freiwilligen Versicherung gleich. Die Versicherung wird durchgeführt

in der Bundesrepublik Deutschland

von einer vom Versicherten zu wählenden Krankenkasse, soweit sich aus den deutschen Rechtsvorschriften nichts anderes ergibt,

in der Republik Kroatien

von der örtlich zuständigen Zweigstelle der Kroatischen Anstalt für Krankenversicherung.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Personen, deren Recht auf Weiterversicherung sich von der Versicherung einer anderen Person ableitet.

Artikel 16

Gleichstellung der Hoheitsgebiete in der Krankenversicherung und bei Mutterschaft

(1) Die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) gilt für eine Person,

a) die, nachdem der Versicherungsfall eingetreten ist, ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung des Aufenthalts vorher zugestimmt hat;

b) bei der der Versicherungsfall während des vorübergehenden Aufenthalts im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nur, wenn sie wegen ihres Zustands sofort Leistungen benötigt;

c) bei der der Versicherungsfall nach dem Ausscheiden aus der Versicherung eingetreten ist, nur, wenn sich die Person in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats begeben hat, um dort eine ihr angebotene Beschäftigung anzunehmen.

Dio II.

Posebne odredbe

Poglavlje 1.

Zdravstveno osiguranje i majčinstvo

Članak 13.

Zbrajanje razdoblja osiguranja

Za utvrđivanje obveze osiguranja, prava na dobrovoljno osiguranje, prava na davanje i trajanje davanja zbog bolesti ili majčinstva prema pravnim propisima jedne države ugovornice, usporediva razdoblja osiguranja i razdoblja primanja davanja, navršena prema pravnim propisima obiju država ugovornica po potrebi se zbrajaju, ako se ne odnose na isto razdoblje.

Članak 14.

Osiguranje članova obitelji

Pri primjeni pravnih propisa o osiguranju članova obitelji mjesto stanovanja ili prebivalište u jednoj državi ugovornici izjednačeno je s mjestom stanovanja ili prebivalištem u drugoj državi ugovornici.

Članak 15.

Dobrovoljno produženo osiguranje

(1) Ako osoba koja je bila osigurana prema pravnim propisima jedne države ugovornice trajno preseli na područje suvereniteta druge države ugovornice može, predviđaju li to pravni propisi te države, dobrovoljno stupiti u osiguranje te države ugovornice prema pravnim propisima koji tamo vrijede, ako su za tu osobu bilo kada vrijedili pravni propisi te druge države ugovornice. Pritom je istupanje iz obveznog osiguranja izjednačeno s istupanjem iz dobrovoljnog osiguranja. Osiguranje se ostvaruje

u Saveznoj Republici Njemačkoj

kod bolesničke blagajne po izboru osiguranika, ne određuju li njemački pravni propisi drugačije,

u Republici Hrvatskoj

kod mjesno nadležnog područnog ureda Hrvatskog zavoda za zdravstveno osiguranje.

(2) Stavak 1. jednako vrijedi za osobe čije pravo na produženo osiguranje proizlazi iz osiguranja neke druge osobe.

Članak 16.

Izjednačenost područja suvereniteta u zdravstvenom osiguranju i kod majčinstva

(1) Odredba o izjednačenosti područja suvereniteta (članak 5.) vrijedi za osobu

a) koja nakon nastanka osiguranog slučaja trajno ili privremeno preseli na područje suvereniteta druge države ugovornice samo onda, ako je nadležni nositelj prethodno dao suglasnost za to preseljenje;

b) kod koje je osigurani slučaj nastao za vrijeme privremenog boravka na području suvereniteta druge države ugovornice samo onda, ako stanje takve osobe zahtijeva hitno pružanje davanja;

c) kod koje je osigurani slučaj nastao nakon istupanja iz osiguranja, samo ako je ta osoba otišla na područje suvereniteta druge države ugovornice radi prihvaćanja ponuđenog zaposlenja.

(2) Die Zustimmung zur Verlegung des gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalts nach Absatz 1 Buchstabe a kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat oder nicht einholen konnte.

(3) Sofort benötigte Leistungen im Sinne des Absatzes 1 sind alle Leistungen, die bis zur beabsichtigten Rückkehr an den Ort des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltes nicht aufgeschoben werden können. Die Entscheidung über die sofortige Notwendigkeit trifft der Träger des Aufenthaltsortes.

(4) Die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) gilt nicht für eine Person, solange für sie Leistungen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie sich gewöhnlich oder vorübergehend aufhält, beansprucht werden können.

(5) Absatz 1 Buchstaben a und b gilt nicht für Leistungen bei Mutterschaft.

(2) Suglasnost za promjenu prebivališta ili privremenog boravišta prema stavku 1. slovu a) može se dati naknadno, ako osoba iz opravdanih razloga ranije nije pribavila ili nije mogla pribaviti suglasnost.

(3) Hitno potrebna davanja u smislu stavka 1. jesu sva davanja koja se ne mogu odgoditi do planiranog povratka u mjesto stanovajna ili prebivalište. Odluku o hitnosti donosi nositelj u mjestu boravka.

(4) Odredba o izjednačenosti područja suvereniteta (članak 5.) ne vrijedi za osobu dok se za nju mogu tražiti davanja prema pravnim propisima države ugovornice na čijem području suvereniteta ona prebiva ili privremeno boravi.

(5) Stavak 1. slova a) i b) ne vrijede za davanje u slučaju majčinstva.

Artikel 17

Sachleistungsaushilfe

(1) Bei Anwendung der Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) sind die Sachleistungen vom Träger des Aufenthaltsorts zu erbringen:

in der Bundesrepublik Deutschland

von einer vom Anspruchsberechtigten zu wählenden Krankenkasse am Aufenthaltsort,

in der Republik Kroatien

von der örtlich zuständigen Zweigstelle der Kroatischen Anstalt für Krankenversicherung.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften; für die Dauer der Leistungen, den Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen sowie die sich hierauf beziehenden Rechtsvorschriften über das Leistungsstreitverfahren gelten jedoch die für den zuständigen Träger maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Für die in der Republik Kroatien wohnenden Angehörigen der Versicherten der deutschen Träger der Krankenversicherung und für die in der Republik Kroatien wohnenden Personen, die gemäß Artikel 18 Absatz 3 bei den deutschen Trägern der Krankenversicherung versichert sind, gelten hinsichtlich des Kreises der zu berücksichtigenden Angehörigen und hinsichtlich der Dauer, für die Sachleistungen zu erbringen sind, die Rechtsvorschriften des kroatischen Trägers. Dies gilt nur für den Fall, daß die Kosten für Sachleistungen nach Pauschbeträgen je Familie zu erstatten sind.

(4) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur erbracht, soweit der zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernstlich zu gefährden. Die Zustimmung nach Satz 1 ist nicht erforderlich, wenn dem Träger des Aufenthaltsorts die Kosten für Sachleistungen pauschal erstattet werden.

(5) Personen und Stellen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die vom persönlichen Geltungsbereich des Abkommens (Artikel 3) erfaßten Personen zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, als ob diese Personen bei den Trägern des Aufenthaltsorts nach Absatz 1 versichert oder Angehörige solcher Versicherter wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

Članak 17.

Ispomoć pri pružanju davanja u naravi

(1) U primjeni odredbe o izjednačenosti područja suvereniteta (članak 5.) davanja u naravi pruža nositelj u mjestu boravka:

u Saveznoj Republici Njemačkoj

bolesnička blagajna u mjestu boravka prema izboru korisnika,

u Republici Hrvatskoj

mjesno nadležni područni ured Hrvatskog zavoda za zdravstveno osiguranje.

(2) Za pružanje davanja u naravi mjerodavni su pravni propisi koji vrijede za nositelja u mjestu boravka, a za trajanje davanja, krug članova obitelji koji se uzimaju u obzir, kao i pravne odredbe o parničnom postupku u svezi s davanjem mjerodavni su pravni propisi koji vrijede za nadležnog nositelja.

(3) Za članove obitelji osiguranika njemačkih nositelja zdravstvenog osiguranja, koji prebivaju u Republici Hrvatskoj, kao i za osobe koje prebivaju u Republici Hrvatskoj, a koje su prema članku 18. stavku 3. osigurane kod njemačkih nositelja zdravstvenog osiguranja, primjenjuju se, s obzirom na krug članova obitelji i trajanje davanja u naravi, pravni propisi hrvatskog nositelja. To vrijedi samo u slučaju kada se troškovi davanja u naravi nadoknađuju u vidu paušalnih svota po obitelji.

(4) Proteze i druga davanja u naravi od veće financijske vrijednosti pružaju se, osim u slučajevima bezuvjetne hitnosti, samo uz suglasnost nadležnog nositelja. Bezuvjetna hitnost postoji ako se davanje ne može odgoditi, a da se ozbiljno ne ugrozi život ili zdravlje osobe. Suglasnost iz prve rečenice nije potrebna ako se nositelju u mjestu boravka troškovi davanja u naravi nadoknađuju paušalno.

(5) Osobe i ustanove koje su s nositeljima iz stavka 1. sklopile ugovore o pružanju davanja u naravi za osiguranike tih nositelja i članove njihovih obitelji, dužne su pružati davanja u naravi i osobama na koje se Ugovor primjenjuje (članak 3.), i to pod istim uvjetima kao da su te osobe osigurane kod nositelja u mjestu boravka, sukladno stavku 1., ili su članovi obitelji takvih osiguranika, i kao da se ugovori protežu i na te osobe.

Artikel 18

Krankenversicherung der Rentner

(1) Auf eine Person, die aus den Rentenversicherungen beider Vertragsstaaten Rente bezieht oder diese beantragt hat, werden unbeschadet des Absatzes 2 die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner des Vertragsstaats angewendet, in dessen Hoheitsgebiet die betreffende Person sich gewöhnlich aufhält.

(2) Verlegt ein in Absatz 1 genannter Antragsteller oder Rentenempfänger seinen gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so werden die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner des ersten Vertragsstaats bis zum Ende des Monats nach dem Monat der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts angewendet.

(3) Bezieht eine Person nur aus der Rentenversicherung eines Vertragsstaats eine Rente oder hat sie nur eine Rente beantragt, so gilt die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) in bezug auf die Versicherungspflicht nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner entsprechend.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 3 sind nicht anzuwenden, solange eine Person wegen Ausübung einer Beschäftigung nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie sich gewöhnlich aufhält, für den Fall der Krankheit oder der Mutterschaft versichert ist.

Artikel 19

Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die für die Sachleistungsaushilfe (Artikel 17) aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 20

Berücksichtigung von Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten)

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, daß bei der Bemessung des Grads der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallenden Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalls zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Artikel 21

Berücksichtigung gesundheitsgefährdender Beschäftigungen

(1) Für den Leistungsanspruch aufgrund einer Berufskrankheit berücksichtigt der Träger eines Vertragsstaats auch Beschäftigungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen

Članak 18.

Zdravstveno osiguranje umirovljenika

(1) Na osobu koja prima ili je zatražila mirovinu iz mirovinskog osiguranja obiju država ugovornica primjenjivat će se, bez obzira na stavak 2., pravni propisi o zdravstvenom osiguranju umirovljenika one države ugovornice na čijem području suvereniteta dotična osoba prebiva.

(2) Ako podnositelj zahtjeva ili korisnik mirovine naveden u stavku 1. trajno preseli na područje suvereniteta druge države ugovornice, pravni će se propisi o zdravstvenom osiguranju umirovljenika prve države ugovornice primjenjivati do kraja mjeseca koji slijedi mjesecu promjene prebivališta.

(3) Prima li osoba mirovinu iz mirovinskog osiguranja samo jedne države ugovornice, ili je zatražila samo jednu mirovinu, tada se u pogledu obveze osiguranja, prema pravnim propisima o zdravstvenom osiguranju umirovljenika, jednako primjenjuje odredba o izjednačenosti područja suvereniteta (članak 5.).

(4) Odredbe stavka 1. i 3. ne primjenjuju se sve dok je osoba zbog obavljanja zaposlenja osigurana za slučaj bolesti ili majčinstva, prema pravnim propisima države ugovornice na čijem području suvereniteta prebiva.

Članak 19.

Nadoknađivanje troškova davanja u naravi pomoćnim nositeljima

(1) Nadležni nositelj nadoknađuje nositelju u mjestu boravka svote utrošene za ispomoć pri pružanju davanja u naravi (članak 17.) s izuzetkom adminstrativnih troškova.

(2) Nadležna tijela mogu, na prijedlog zainteresiranih nositelja, ugovoriti da se, radi administrativnog pojednostavljenja, za sve slučajeve ili za određene skupine slučajeva umjesto utrošenih svota isplate paušalne svote.

Poglavlje 2.

Osiguranje za slučaj nesreće na poslu

Članak 20.

Priznavanje nesreće na poslu (profesionalne bolesti)

(1) Predviđaju li pravni propisi jedne države ugovornice da se pri utvrđivanju stupnja smanjenja sposobnosti za privređivanje ili pri utvrđivanju prava na davanje zbog nesreće na poslu (profesionalne bolesti) u smislu tih pravnih propisa uzmu u obzir i druge nesreće na poslu (profesionalne bolesti), tada to vrijedi i za nesreće na poslu (profesionalne bolesti) koje spadaju pod pravne propise druge države ugovornice, kao da spadaju pod pravne propise prve države ugovornice. S nesrećama na poslu koje se uzimaju u obzir izjednačavaju se one, koje se prema drugim propisima uračunavaju kao nesreće ili drugi slučajevi za nadoknadu štete.

(2) Nositelj nadležan za nadoknadu štete za nastali osigurani slučaj utvrđuje svoje davanje prema stupnju smanjenja sposobnosti za privređivanje uslijed nesreće na poslu (profesionalne bolesti), koje mora uzeti u obzir prema pravnim propisima koji za njega vrijede.

Članak 21.

Uzimanje u obzir zaposlenja štetnih za zdravlje

(1) Za pravo na davanje zbog profesionalne bolesti nositelj jedne države ugovornice uzima u obzir i poslove koje je osoba obavljala prema pravnim propisima druge države ugovornice i

Vertragsstaats ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen (gesundheitsgefährdende Beschäftigung). Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats erbracht, in dessen Hoheitsgebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält. Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf Unfallrente, so hat der Träger nur den Teil zu erbringen, der dem Verhältnis der Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei Anwendung der Rechtsvorschriften des eigenen Vertragsstaats zur Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei Anwendung der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Neufeststellung aufgrund einer Verschlimmerung der Berufskrankheit. Beruht diese auf einer erneuten gesundheitsgefährdenden Beschäftigung, besteht ein Anspruch auf Unfallrente für die Verschlimmerung nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, unter dessen Rechtsvorschriften diese Beschäftigung ausgeübt wurde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Leistungen an Hinterbliebene.

Artikel 22

Gleichstellung der Hoheitsgebiete im Bereich der Unfallversicherung

(1) Die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) gilt in bezug auf die Sachleistungen für eine Person, die während einer Heilbehandlung ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung des Aufenthalts vorher zugestimmt hat.

(2) Die Zustimmung kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat oder nicht einholen konnte.

Artikel 23

Sachleistungsaushilfe

(1) Hat ein Träger des einen Vertragsstaats einer Person im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Sachleistungen zu erbringen, so sind sie vom Träger des Aufenthaltsorts zu erbringen:

- in der Bundesrepublik Deutschland

  von dem Träger der deutschen Unfallversicherung, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach deutschen Rechtsvorschriften zu entscheiden wäre, oder von dem von der deutschen Verbindungsstelle bezeichneten Träger der Unfallversicherung,

- in der Republik Kroatien

  von der Kroatischen Anstalt für Krankenversicherung, jedoch für die Erbringung von Berufshilfe von dem Republikfonds für Renten- und Invalidenversicherung.

(2) Für Art und Weise und Umfang der Leistungserbringung gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Artikel 17 Absätze 4 und 5 gilt entsprechend.

Artikel 24

Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die nach Artikel 23 für die Sachleistungsaushilfe im Einzelfall tatsächlich aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

koji su po svojoj prirodi mogli izazvati tu bolest (zaposlenje štetno za zdravlje). Postoji li pritom, prema pravnim propisima obiju država ugovornica, pravo na davanje, davanja u naravi i novčana davanja, osim rente, pružat će se samo, prema pravnim propisima one države ugovornice na čijem području suvereniteta korisnik prebiva. Postoji li, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, pravo na rentu, nositelj je dužan isplaćivati samo onaj dio koji odgovara odnosu trajanja zaposlenja štetnih za zdravlje, prema pravnim propisima vlastite države ugovornice prema trajanju zaposlenja štetnih za zdravlje koja se uzimaju u obzir prema pravnim propisima obiju država ugovornica.

(2) Stavak 1. vrijedi i za ponovno utvrđivanje prava zbog pogoršanja profesionalne bolesti. Temelji li se to pogoršanje na ponovnom zaposlenju štetnom za zdravlje, pravo na rentu zbog pogoršanja postoji samo prema pravnim propisima one države ugovornice prema čijim je pravnim propisima to zaposlenje obavljano.

(3) Stavci 1. i 2. vrijede i za obiteljska davanja.

Članak 22.

Izjednačenost područja suvereniteta u pogledu osiguranja za slučaj nesreće na poslu

(1) Za osobu koja za vrijeme liječenja trajno ili privremeno preseli na područje suvereniteta druge države ugovornice odredba o izjednačenosti područja suvereniteta (članak 5.) vrijedi u pogledu davanja u naravi samo onda ako je nadležni nositelj prije toga dao suglasnost za preseljenje.

(2) Suglasnost se može dati naknadno, ako osoba iz opravdanih razloga ranije nije pribavila ili nije mogla pribaviti suglasnost.

Članak 23.

Ispomoć pri pružanju davanja u naravi

(1) Ako je nositelj jedne države ugovornice dužan pružati davanja u naravi osobi na području suvereniteta druge države ugovornice ta davanja pruža nositelj u mjestu boravka, i to:

- u Saveznoj Republici Njemačkoj

  nositelj njemačkog osiguranja za slučaj nesreće na poslu koji bi bio nadležan kad bi se o pravu na davanje odlučivalo na osnovi njemačkih pravnih propisa, ili nositelj osiguranja za slučaj nesreće na poslu kojega odredi njemačko tijelo za vezu,

- u Republici Hrvatskoj

  Hrvatski zavod za zdravstveno osiguranje, a profesionalnu pomoć – Republički fond mirovinskog i invalidskog osiguranja radnika Hrvatske.

(2) U pogledu načina i opsega pružanja davanja vrijede pravni propisi mjerodavni za nositelja u mjestu boravka.

(3) Jednako se primjenjuje članak 17. stavak 4. i 5.

Članak 24.

Nadoknađivanje troškova davanja u naravi pomoćnim nositeljima

(1) Nadležni nositelj nadoknađuje nositelju u mjestu boravka stvarno utrošene pojedinačne svote za ispomoć pri pružanju davanja u naravi prema članku 23., s izuzetkom administrativnih troškova.

(2) Nadležna tijela mogu, na prijedlog zainteresiranih nositelja, ugovoriti da se u svrhu administrativnog pojednostavljenja za sve slučajeve ili za određene skupine slučajeva umjesto utrošenih svota isplate paušalne svote.

Kapitel 3

Rentenversicherung

Artikel 25

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden – soweit erforderlich – auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Dies gilt für Leistungen, deren Erbringung im Ermessen eines Trägers liegt, entsprechend.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Das Ausmaß der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(4) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 26

Besonderheiten für den deutschen Träger

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, daß bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Vorschriften ferner vor, daß sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zurückgelegten Versicherungszeiten oder vergleichbare Tatbestände im anderen Vertragsstaat berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrente oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Unfallrenten) nach den Rechtsvorschriften der Republik Kroatien gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Republik Kroatien.

(3) Die nach der Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten (Artikel 25 Absatz 1) zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur im tatsächlichen zeitlichen Ausmaß berücksichtigt.

(4) Ist die Befreiung von der Versicherungspflicht davon abhängig, daß eine bestimmte Zahl von Beiträgen entrichtet wurde, so werden die nach den kroatischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Beitragszeiten für die Entscheidung über die Versicherungsfreiheit berücksichtigt.

Artikel 27

Besonderheiten für den kroatischen Träger

(1) Für die Feststellung der Zuständigkeit bei der Rentenbescheiderteilung wird lediglich die kroatische Versicherungszeit berücksichtigt.

(2) Bei Anwendung des Artikels 25 und des Absatzes 3 dieses Artikels berücksichtigt der kroatische Träger die gesamten Versicherungszeiten, die nach den deutschen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Rente zu berücksichtigen sind.

(3) Bei Anwendung des Artikels 25 werden die Leistungen von dem kroatischen Träger auf folgende Weise festgestellt:

a) Zunächst wird der theoretische Betrag der Leistung berechnet, die zustehen würde, wenn alle nach Absatz 2 zusam-

Poglavlje 3.

Mirovinsko osiguranje

Članak 25.

Zbrajanje razdoblja osiguranja i izračunavanje mirovina

(1) Za pravo na davanje, prema pravnim propisima koji se primjenjuju, uzimaju se u obzir, ako je to potrebno, i ona razdoblja osiguranja koja se uračunavaju za stjecanje prava na davanja prema pravnim propisima druge države ugovornice, ako se ne odnose se na isto vremensko razdoblje. To jednako vrijedi za davanja koja se priznaju prema procjeni jednog od nositelja.

(2) Ako je pravo na davanje uvjetovano određenim razdobljima osiguranja, tada se uzimaju u obzir samo usporediva razdoblja osiguranja, prema pravnim propisima druge države ugovornice.

(3) Mjera u kojoj će se razdoblja osiguranja uzeti u obzir, ovisi o pravnim propisima države ugovornice prema kojima su ta razdoblja navršena.

(4) Izračunavanje mirovine ovisi o pravnim propisima koji se primjenjuju u dotičnoj državi ugovornici, ako ovim ugovorom nije drukčije određeno.

Članak 26.

Posebnosti koje se odnose na njemačkog nositelja

(1) Osnova za utvrđivanje osobnih podataka o plaći jesu podaci o plaći koji proizlaze iz njemačkih pravnih propisa.

(2) Ako je pravo na davanje prema njemačkim pravnim propisima uvjetovano činjenicom da su određena razdoblja osiguranja navršena u određenom vremenskom razdoblju, te ako ti propisi nadalje predviđaju da se to vremensko razdoblje produžava na osnovi određenih činjeničin stanja ili razdoblja osiguranja, za produženje će se uzeti u obzir i razdoblja osiguranja navršena prema pravnim propisima druge države ugovornice ili usporediva činjenična stanja u drugoj državi ugovornici. Usporediva činjenična stanja jesu razdoblja primanja invalidske ili starosne mirovine, davanja za slučaj bolesti, nezaposlenosti ili nesreće na poslu (s izuzetkom renti), prema pravnim propisima Republike Hrvatske, kao i razdoblja odgoja djece u Repulici Hrvatskoj.

(3) Razdoblja osiguranja koja se uzimaju u obzir prema odredbi o zbrajanju razdoblja osiguranja (članak 25. stavak 1.) uračunat će se samo u stvarnom trajanju.

(4) Ako oslobađanje od obveze osiguranja ovisi o određenom broju uplaćenih doprinosa, pri donošenju odluke o oslobađanju od obveze osiguranja uzet će se u obzir i razdoblja uplaćenih doprinosa, priznata prema hrvatskim pravnim propisima.

Članak 27.

Posebnosti koje se odnose na hrvatskog nositelja

(1) Za utvrđivanje nadležnosti pri rješavanju zahtjeva uzimaju se u obzir samo hrvatska razdoblja osiguranja.

(2) U primjeni članka 25. i stavka 3. ovoga članka, hrvatski nositelj uzima u obzir ukupna razdoblja osiguranja koja se, prema njemačkim pravnim propisima, uzimaju u obzir za izračunavanje mirovine.

(3) U primjeni članka 25. hrvatski nositelj utvrđuje davanja na sljedeći način:

a) najprije izračunava teoretsku svotu davanja koja bi osiguraniku pripadala kada bi sva zbrojena razdoblja osiguranja

mengerechneten Zeiten nach den kroatischen Rechtsvorschriften zurückgelegt wären;

b) danach hat der Träger den dem Versicherten tatsächlich zustehenden Betrag festzustellen, indem er den theoretischen Betrag nach Buchstabe a auf das Verhältnis zwischen den nach den kroatischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten und den nach Absatz 2 zusammengerechneten Versicherungszeiten zurückführt;

c) übersteigt die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten und nach Absatz 2 zusammengerechneten Versicherungszeiten die nach den kroatischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Leistungsbetrags festgestellte Höchstdauer, so hat der kroatische Träger für die Bemessung der Leistung anstelle der zusammengerechneten Zeiten diese Höchstdauer zu berücksichtigen.

(4) Die Bestimmung des Absatzes 3 findet keine Anwendung, wenn für den Versicherten die Feststellung der Höhe der Leistung ausschließlich aufgrund der kroatischen Versicherungszeiten günstiger wäre.

(5) Die Grundlagen für die Bemessung der Leistung werden ausschließlich aufgrund der kroatischen Versicherungszeiten festgelegt.

prema stavku 2. bila navršena prema hrvatskim pravnim propisima;

b) zatim utvrđuje stvarnu svotu davanja koja osiguraniku pripada tako da teoretsku svotu pod a) svodi na odnos između razdoblja osiguranja navršenih prema hrvatskim pravnim propisima i ukupno zbrojenih razdoblja osiguranja prema stavku 2.;

c) ako je ukupno trajanje razdoblja osiguranja navršenih na osnovi pravnih propisa obiju država ugovornica zbrojenih prema stavku 2. duže od najdužeg trajanja razdoblja osiguranja, utvrđenih prema hrvatskim pravnim propisima za izračunavanje svote davanja, hrvatski nositelj za izračunavanje uzima u obzir to najveće trajanje umjesto ukupno zbrojenih razdoblja.

(4) Odredba stavka 3. neće se primjeniti ako bi za osiguranika bilo povoljnije utvrđivanje visine davanja isključivo prema hrvatskim razdobljima osiguranja.

(5) Osnovice za izračunavanje davanja utvrđuju se isključivo na osnovi hrvatskih razdoblja osiguranja.

Abschnitt III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amtshilfe und Rechtshilfe

Artikel 28

Amts- und Rechtshilfe und ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich des Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Für die gegenseitige Amts- und Rechtshilfe der Gerichte der Vertragsstaaten gilt Satz 1 entsprechend. Die Hilfe ist kostenlos. Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten werden jedoch erstattet.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 29

Anerkennung vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung (ordre public) des Vertragsstaats widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem

Dio III.

Razne odredbe

Poglavlje 1.

Administrativna i pravna pomoć

Članak 28.

Administrativna i pravna pomoć i liječnički pregledi

(1) Nositelji, udruženja nositelja i tijela država ugovornica pružaju si uzajamnu pomoć pri provedbi ovog ugovora i pravnih propisa na koje se Ugovor odnosi (članak 2. stavak 1.), kao da primjenjuju vlastite pravne propise. Prva rečenica jednako vrijedi i za uzajamnu administrativnu i pravnu pomoć sudova država ugovornica. Ta je pomoć besplatna. Nadoknađuju se jedino izdaci u novcu, s izuzetkom poštarine.

(2) Stavak 1. rečenica 1. vrijedi i za liječničke preglede. Troškove pregleda, putne troškove, gubitak zarade, troškove smještaja radi promatranja i ostale troškove u novcu, osim poštarine, nadoknađuje služba koja je tražila pregled. Troškovi se ne nadoknađuju ako je liječnički pregled u interesu nadležnih nositelja obiju država ugovornica.

Članak 29.

Priznavanje ovršnih odluka i isprava

(1) Ovršne odluke sudova kao i ovršne isprave nositelja ili tijela jedne države ugovornice o doprinosima i ostalim potraživanjima iz socijalnog osiguranja priznaju se i u drugoj državi ugovornici.

(2) Priznavanje se može uskratiti samo ako je u suprotnosti s javnim poretkom (ordre public) države ugovornice u kojoj se odluka ili isprava treba priznati.

(3) Na osnovi ovršne odluke i isprave, priznate prema stavku 1., provodi se ovrha u drugoj državi ugovornici. Ovršni se postupak provodi prema pravnim propisima koji u državi ugovornici na čijem se području suvereniteta treba provesti ovrha vrijede za ovrhu odgovarajućih odluka i isprava izdanih u toj državi.

Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

Primjerak odluke ili isprave mora imati potvrdu o ovršnosti (klauzula ovršnosti).

(4) Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstrekkung sowie im Konkurs- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats.

(4) Potraživanja nositelja na području suvereniteta jedne države ugovornice u pogledu zaostalih doprinosa imaju, prigodom prinudne ovrhe ili u stečajnom ili nagodbenom postupku na području suvereniteta druge države ugovornice, ista prava prvenstva kao i odgovarajuća potraživanja na području suvereniteta te države ugovornice.

Artikel 30

Schadensersatzansprüche gegen Dritte

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über; der andere Vertragsstaat erkennt diesen Übergang an.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaats nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaats als auch einem Träger des anderen Vertragsstaats zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaats auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaats auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

(4) Soweit der Schadensersatzanspruch einer Person den Anspruch auf Ersatz von Beiträgen zur Sozialversicherung umfaßt, geht auch dieser Ersatzanspruch auf den Leistungsträger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

Članak 30.

Prava na nadoknadu štete od trećih osoba

(1) Ima li osoba, koja prema pravnim propisima jedne države ugovornice treba dobiti nadoknadu za štetu nastalu na području suvereniteta druge države ugovornice, prema njenim propisima pravo na nadoknadu štete od treće osobe, tada pravo na nadoknadu prelazi na nositelja prve države ugovornice, prema pravnim propisima koji za njega vrijede; druga država ugovornica priznaje taj prijelaz.

(2) Ima li nositelj jedne države ugovornice, prema njenim pravnim propisima, izvorno pravo na nadoknadu štete od treće osobe, druga država ugovornica to priznaje.

(3) Ako pravo na nadoknadu u pogledu istovrsnih davanja za isti slučaj štete ima nositelj i jedne i druge države ugovornice, tada nositelj jedne države ugovornice na traženje nositelja druge države ugovornice podnosi i za njega zahtjev za nadoknadu štete. Treća osoba može potraživanja obaju nositelja namiriti plaćanjem s oslobađajućim učinkom jednom ili drugom nositelju. U međusobnom odnosu nositelji su se dužni namiriti razmjerno davanjima koja moraju pružiti.

(4) Obuhvaća li pravo neke osobe na nadoknadu štete i pravo na nadoknadu doprinosa za osiguranje nositelja davanja, tada i to pravo na nadoknadu štete prelazi na nositelja davanja prve države ugovornice, prema pravnim propisima koji za njega vrijede.

Artikel 31

Gebühren und Befreiung von der Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Gebühren einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Članak 31.

Pristojbe i oslobođenje od službene ovjere

(1) Oslobođenje ili smanjenje poreza ili pristojbi, uključujući konzularne i upravne pristojbe, predviđeno pravnim propisima jedne države ugovornice za pisane podneske ili isprave koje se prilažu u primjeni tih pravnih propisa, odnosi se i na odgovarajuće pisane podneske i isprave koje se prilažu u primjeni ovog ugovora ili pravnih propisa druge države ugovornice na koje se Ugovor odnosi (članak 2. stavak 1.).

(2) Za isprave koje se prilažu u primjeni ovog oguvora ili pravnih propisa jedne države ugovornice na koje se Ugovor odnosi (članak 2. stavak 1.), prigodom upotrebe pri službama druge države ugovornice nije potrebna službena ovjera ili neka slična formalnost.

Artikel 32

Zustellung von Schriftstücken und Verkehrssprachen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten können bei Durchführung dieses Abkommens und der von seinem sachlichen Geltungsbereich erfaßten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheits-

Članak 32.

Dostava pisanih podnesaka i službeni jezici

(1) Nositelji, udruženja nositelja, tijela i sudovi država ugovornica mogu pri provedbi ovog ugovora i pravnih propisa na koje se Ugovor odnosi (članak 2. stavak 1.), međusobno i sa zainteresiranim osobama i njihovim zastupnicima komunicirati izravno na svojim službenim jezicima. Pravni propisi o korištenju prevoditelja vrijede i dalje. Presude, rješenja i ostali pisani podnesci mogu se osobi koja boravi na području druge države ugovornice dostavljati izravno preporučenim pismom s povratnicom. Treća

gebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden. Satz 3 gilt auch für Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung der Vorschriften über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Vorschriften, nach denen diese entsprechend anzuwenden sind, erlassen werden.

(2) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefaßt sind.

rečenica vrijedi i za presude, rješenja i ostale pisane podneske koji se trebaju dostaviti, a koji se donose u primjeni pravnih propisa o zbrinjavanju žrtava rata i drugih propisa prema kojima se ti propisi trebaju primjenjivati.

(2) Nositelji, udruženja nositelja, tijela i sudovi država ugovornica ne smiju odbiti podneske i isprave zato što su napisani na službenom jeziku druge države ugovornice.

Artikel 33

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Leistungen bei Alter aufgeschoben wird.

Članak 33.

Izjednačenje pri podnošenju zahtjeva

(1) Ako je zahtjev za davanje, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, podnesen službi u drugoj državi ugovornici kojoj je dopušteno primanje zahtjeva za odgovarajuće davanje, prema pravnim propisima koji za nju vrijede, smatra se da je zahtjev podnesen nadležnom nositelju. To jednako vrijedi za ostale zahtjeve, kao i izjave i pravna sredstva.

(2) Služba jedne države ugovornice koja je zaprimila zahtjeve, izjave i pravna sredstva dužna ih je neodložno proslijediti nadležnoj službi druge države ugovornice.

(3) Zahtjev za davanje, prema pravnim propisima jedne države ugovornice smatra se i zahtjevom za odgovarajuće davanje, prema pravnim propisima druge države ugovornice. To ne vrijedi ako podnositelj zahtjeva izričito zatraži da se utvrđivanje prava na davanja za slučaj starosti, prema pravnim propisima druge države ugovornice, odgodi.

Artikel 34

Vertretungsbefugnis der diplomatischen und konsularischen Vertretungen

Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats sind berechtigt, auf Antrag der Berechtigten die zur Sicherung und Erhaltung der Rechte der Staatsangehörigen des ersten Staats notwendigen Handlungen ohne Nachweis einer Vollmacht vorzunehmen. Insbesondere können sie bei den Trägern, Verbänden von Trägern, Behörden und Gerichten des anderen Vertragsstaats im Interesse der Staatsangehörigen Anträge stellen, Erklärungen abgeben oder Rechtsbehelfe einbringen.

Članak 34.

Ovlaštenje za zastupanje diplomatskim i konzularnim predstavništvima

Diplomatska i konzularna predstavništva jedne države ugovornice na području suvereniteta druge države ugovornice imaju pravo, na zahtjev korisnika, poduzimati radnje potrebne za osiguranje i očuvanje prava državljana prve države ugovornice, bez dokazivanja punomoći. Ona mogu poglavito kod nositelja, udruženja nositelja, tijela i sudova druge države ugovornice u interesu državljana predavati zahtjeve, izjave ili pravna sredstva.

Artikel 35

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

a) Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Der Empfängerstaat darf sie für diese Zwecke verarbeiten und nutzen. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Verarbeitung und Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke sind im Rahmen der Gesetze des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Im übrigen darf die Weiterübermittlung an andere Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.

b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen in Einzelfällen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

Članak 35.

Zaštita podataka

(1) Dostavljaju li se, na osnovi ovog ugovora, osobni podaci prema mjerilima unutarnjeg prava, vrijede sljedeće odredbe, uz poštivanje pravnih propisa koji vrijede za svaku državu ugovornicu:

a) U svrhu provedbe ovog ugovora i pravnih propisa na koje se Ugovor odnosi dopušteno je dostavljati podatke nadležnim službama u državi koja ih prima. Država koja prima podatke smije ih u te svrhe obrađivati i koristiti. Prosljeđivanje tih podataka drugim službama u državi koja ih prima ili obrada i korištenje tih podataka u državi koja ih prima za druge svrhe dopušteno je, u okviru zakona te države, ako to služi za potrebe socijalnog osiguranja, uključujući i sudske postupke koji su s time u svezi. Inače je prosljeđivanje podataka drugim službama dopušteno samo uz prethodnu suglasnost službe koja ih dostavlja.

b) Primatelj podataka izvješćuje službu koja ih dostavlja, na njen upit i u pojedinačnim slučajevima, u koju su svrhu i s kakvim su rezultatom dostavljeni podaci upotrijebljeni.

c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Staates nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung vorzunehmen.

d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von deren Stelle die Auskunft begehrt wird.

e) Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten aufgrund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vertragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des nationalen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

f) Empfangene personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, daß durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.

g) Die übermittelnde und empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten festzuhalten.

h) Die übermittelnde und empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten, die übermittelt werden, wirksam gegen unbefugten Zugang sowie unbefugte Veränderung und Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Kapitel 2
Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 36
Durchführung des Abkommens und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfaßten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1).

(2) Zur Durchführung des Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

in der Bundesrepublik Deutschland

für die Krankenversicherung
die Deutsche Verbindungsstelle
Krankenversicherung-Ausland, Bonn,

für die Unfallversicherung
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V., Sankt Augustin,

c) Služba koja dostavlja podatke obvezna je voditi brigu o točnosti dostavljenih podataka kao i o tome jesu li oni prijeko potrebni i primjereni zadanoj svrsi. Pritom treba voditi brigu o zabranama dostavljanja podataka koje predviđaju unutarnji pravni propisi te države. Ustanovi li se da su dostavljeni podaci netočni ili se prema pravnim propisima države koja ih dostavlja nisu smjeli dostaviti, to se neodložno javlja službi koja prima podatke. Njena je dužnost te podatke ispraviti ili uništiti.

d) Osobi na koju se podaci odnose daje se na zahtjev izvješće o podacima koji su o njoj dostavljeni i o svrsi njihovog korištenja. Inače, pravo takve osobe na izvješće o njenim osobnim podacima podliježe unutarnjem zakonodavstvu one države ugovornice od čije se službe izvješće traži.

e) Ako je služba jedne države ugovornice dostavila osobne podatke na osnovi ovog ugovora, služba druge države ugovornice koja ih je primila ne može se, u okviru svoje odgovornosti prema mjerilima nacionalnog prava u odnosu na oštećenu osobu, da bi se oslobodila odgovornosti, pozivati na to da su dostavljeni podaci bili netočni. Isplati li služba koja je primila podatke, zbog štete uzrokovane korištenjem netočno dostavljenih podataka odštetu, služba koja je dostavila podatke nadoknađuje službi koja ih je primila cjelokupnu svotu isplaćene odštete.

f) Primljeni osobni podaci se uništavaju čim prestanu biti potrebni za svrhu za koju su dostavljeni, i ako nema razloga za pretpostavku da bi uništavanje podataka ugrozilo interese na području socijalnog osiguranja osobe na koju se podaci odnose.

g) Služba koja dostavlja podatke i služba koja ih prima dužne su potvrditi dostavu i primitak osobnih podataka.

h) Služba koja dostavlja podatke i služba koja ih prima dužne su dostavljene osobne podatke djelotvorno zaštititi od neovlaštenog pristupa, neovlaštene promjene i neovlaštenog objavljivanja.

(2) Odredbe iz stavka 1. jednako vrijede i za tajne poduzeća i za poslovne tajne.

Poglavlje 2.
Provedba i tumačenje Ugovora

Članak 36.
Provedba Ugovora i tijela za vezu

(1) Vlade ili nadležna tijela mogu sklapati sporazume potrebne za provedbu Ugovora. Nadležna se tijela međusobno izvješćuju o promjenama i dopunama pravnih propisa koji za njih vrijede i koji su obuhvaćeni pravnim propisima na koje se Ugovor odnosi (članak 2. stavak 1.).

(2) Za provedbu Ugovora određuju se sljedeća tijela za vezu:

– u Saveznoj Republici Njemačkoj

za zdravstveno
osiduranje Njemačko tijelo za vezu za zdravstveno
osiguranje-inozemstvo, Bonn
(Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung-Ausland, Bonn),

za osiguranje za slučaj nesreće na poslu
Glavni savez zanatskih strukovnih udruženja, registrirano udruženje, Sankt Augustin
(Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V., Sankt Augustin),

für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz, Landshut,

für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;

in der Republik Kroatien

für die Krankenversicherung
die Kroatische Anstalt für Krankenversicherung, Zagreb, (Hrvatski zavod za zdravstveno osiguranje, Zagreb),

für die Renten- und Invalidenversicherung einschließlich der Versicherung für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten
der Republikfonds für die Renten- und Invalidenversicherung der Arbeitnehmer Kroatiens, Zagreb,
(Republicki fond mirovinskog i invalidskog osiguranja radnika Hrvatske, Zagreb).

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

a) Versicherungszeiten nach den deutschen und kroatischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anzurechnen sind oder

b) sonstige im Hoheitsgebiet der Republik Kroatien zurückgelegte Zeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten anzurechnen sind oder

c) der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet der Republik Kroatien gewöhnlich aufhält oder

d) der Berechtigte sich als kroatischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Vertragsstaaten aufhält.

Dies gilt für Leistungen zur Rehabilitation nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden sollen.

(4) Die Zuständigkeit der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse nach den deutschen Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

(5) Die in Absatz 2 bezeichneten Verbindungsstellen und die in Absatz 4 genannten deutschen Träger vereinbaren unter Beteiligung der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit die zur Durchführung des Abkommens notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen einschließlich des Verfahrens über die Erstattung von Kosten zwischen den Trägern sowie über die Erstattung und die Zahlung von Geldleistungen. Die Bestimmung des Absatzes 1 bleibt unberührt.

za mirovinsko osiguranje radnika
Pokrajinski zavod za osiguranje Donje Bavarske-Gornje Falačke, Landshut
(Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz, Landshut),

za mirovinsko osiguranje namještenika
Savezni zavod za osiguranje namještenika, Berlin
(Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin),

za rudarsko mirovinsko osiguranje
Savezna rudarska zajednica, Bochum
(Bundesknappschaft, Bochum),

za talioničko-rudarsko dodatno osiguranje
Pokrajinski zavod za osiguranje za Saarland, Saarbrücken
(Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken);

– u Republici Hrvatskoj

za zdravstveno osiguranje
Hrvatski zavod za zdravstveno osiguranje, Zagreb,

za mirovinsko i invalidsko osiguranje, uključujući osiguranje za slučaj nesreće na poslu i profesionalne bolesti
Republički fond mirovinskog i invalidskog osiguranja radnika Hrvatske, Zagreb.

(3) Ako to njemački pravni propisi već ne određuju, u okviru mirovinskog osiguranja radnika tijelo za vezu, imenovano za to osiguranje, nadležno je za sve postupke, uključujući utvrđivanje i pružanje davanja u slučaju

a) da su razdoblja osiguranja navršena ili se uračunavaju prema njemačkim i hrvatskim pravnim propisima, ili

b) da se prema njemačkim pravnim propisima o stranim mirovinama uračunavaju i druga razdoblja navršena na području suvereniteta Republike Hrvatske, ili

c) da korisnik prava prebiva na području suvereniteta Republike Hrvatske, ili

d) da korisnik prava kao hrvatski državljanin prebiva izvan država ugovornica.

To vrijedi za rehabilitacijska davanja samo onda ako se ta davanja pružaju u okviru mirovinskog postupka koji je u tijeku.

(4) Nadležnost Žavoda za mirovinsko osiguranje željezničara i Pomorske blagajne prema njemačkim pravnim propisima, ne dira se.

(5) Tijela za vezu is stavka 2. i njemački nositelji spomenuti u stavku 4. dogoravaju uz sudjelovanje nadležnih tijela u okviru njihove nadležnosti, adminstrativne mjere potrebne i pogodne za provedbu Ugovora, uključujući i postupak o nadoknadi troškova između nositelja te postupak o vraćanju i isplaćivanju novčanih davanja. Odredba stavka 1. ne dira se.

Artikel 37

Währung und Umrechnungskurse

Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in dessen Währung mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten.

Članak 37.

Valuta i obračunski tečaj

Nositelj jedne države ugovornice može pružati novčana davanja osobi koja boravi na području suvereniteta druge države ugovornice u svojoj valuti s oslobađajućim učinkom. Za obračun između nositelja i korisnika prava mjerodavan je dnevni tečaj utvrđen prigodom slanja novčanog davanja. Ako jedan nositelj plaća nositelju u drugoj državi ugovornici, plaćanje će biti u valuti druge države ugovornice.

Artikel 38

Erstattungen

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat ein Träger der Kranken- oder Unfallversicherung eines Vertragsstaats einem Leistungsempfänger einen höheren Betrag gezahlt, als den, auf den dieser nach Anwendung der Bestimmungen über das Zusammentreffen von Leistungen (Artikel 12) Anspruch hat, so ist der bis zur Höhe der Rente, die für denselben Zeitraum zusteht, zu erstattende Betrag von dem die Rente schuldenden Träger des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers der Kranken- oder Unfallversicherung einzubehalten. Soweit Rentennachzahlungen über eine Verbindungsstelle der Rentenversicherung im Wohnstaat des Berechtigten zu leisten sind, behält die mit der Auszahlung beauftragte Verbindungsstelle den zuviel gezahlten Betrag zugunsten des Trägers der Kranken- oder Unfallversicherung in den für diesen geltenden Bedingungen und Grenzen ein.

(3) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaats Leistungen erbracht worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers in Höhe der geleisteten Fürsorgeaufwendungen einzubehalten und zu erstatten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats. Die Pflicht zur Einbehaltung besteht nicht, soweit der Leistungsträger selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des Fürsorgeträgers Kenntnis erlangt hat.

Članak 38.

Nadoknade

(1) Ako je nositelj jedne države ugovornice bespravno isplatio novčana davanja, bespravno isplaćena svota može se obustaviti od odgovarajućeg davanja prema pravnim propisima druge države ugovornice, u korist toga nositelja.

(2) Ako je nositelj zdravstvenog osiguranja ili osiguranja za slučaj nesreće na poslu jedne države ugovornice korisniku davanja isplatio veću svotu od one na koju on ima pravo prema odredbama o preklapanju davanja (članak 12.), preplaćenu svotu, do visine mirovine koja pripada za isto razdoblje zadržava nositelj druge države ugovornice koji duguje mirovinu u korist nositelja zdravstvenog osiguranja ili osiguranja za slučaj nesreće na poslu. Ako se preko tijela za vezu s područja mirovinskog osiguranja u državi prebivališta korisnika trebaju isplatiti zaostaci mirovine, tijelo za vezu, ovlašteno za isplatu, obustavlja preplaćenu svotu u korist nositelja zdravstvenog osiguranja ili osiguranja za slučaj nesreće na poslu pod uvjetima i u granicama koje za njega vrijede.

(3) Ako osoba prema pravnim propisima jedne država ugovornice ima pravo na novčano davanje za razdoblje tijekom kojega je ta osoba ili članovi njene obitelji primala davanja od nekog nositelja socijalne skrbi druge države ugovornice, to će se novčano davanje obustaviti i vratiti u visini pruženog davanja na zahtjev i u korist nositelja socijalne skrbi koji ima pravo na nadoknadu, kao da taj nositelj socijalne skrbi ima sjedište na području suvereniteta prve države ugovornice. Obveza obustave ne postojiako je nositelj davanja sam pružao davanje prije nego je saznao za davanje od strane nositelja socijalne skrbi.

Artikel 39

Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Die Vertragsstaaten bilden von Fall zu Fall ein Schiedsgericht, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt. Die bestellten Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines Drittstaats für den Obmann, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Članak 39.

Rješavanje sporova

(1) Sporove o tumačenju ili primjeni ovog Ugovora trebaju, ako je to moguće, rješavati nadležna tijela.

(2) Ako se spor na taj način ne može riješiti, tada se na zahtjev jedne od država ugovornica iznosi pred mirovni sud.

(3) Države ugovornice osnivaju mirovni sud od slučaja do slučaja, s tim da svaka država ugovornica imenuje jednog člana. Imenovani članovi sporazumno biraju državljanina treće države za predsjednika, kojega imenuju vlade obiju država ugovornica. Članove se imenuje u roku od dva mjeseca, a predsjednika u roku od tri mjeseca nakon što jedna država ugovornica obavijesti drugu da želi iznijeti spor pred mirovni sud.

(4) Ako se rokovi navedeni u stavku 3. ne ispune tada u nedostatku drugog dogovora svaka država ugovornica može zamoliti predsjednika Europskog suda za ljudska prava da obavi potrebna imenovanja. Ako je predsjednik državljanin jedne od država ugovornica ili je iz nekog drugog razloga spriječen, imenovanje će obaviti podpredsjednik. Ako je i podpredsjednik državljanin jedne od država ugovornica ili je i on spriječen, imenovanje obavlja sljedeći po rangu član suda koji nije državljanin niti jedne od država ugovornica.

(5) Mirovni sud odlučuje većinom glasova, na osnovi sporazuma koji postoje između država ugovornica i na osnovi općeg međunarodnog prava. Njegove su odluke obvezujuće. Svaka država ugovornica snosi troškove svoga člana kao i troškove zastupanja u postupku pred mirovnim sudom. Troškove za predsjednika i ostale troškove snose države ugovornice u jednakim dijelovima. Mirovni sud može urediti plaćanje troškova i na neki drugi način. U svemu ostalom mirovni sud sam uređuje svoj postupak.

Abschnitt IV

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 40

Leistungsansprüche

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung des Abkommens nicht entgegen.

(4) Wird ein Antrag auf Feststellung einer Rente, auf die allein unter Berücksichtigung dieses Abkommens ein Anspruch besteht, innerhalb von zwölf Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt die Rente mit dem Kalendermonat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren, frühestens mit dem Inkrafttreten des Abkommens.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, werden auf Antrag neu festgestellt, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der Höhe des bisherigen Zahlbetrags weiter zu erbringen.

Artikel 41

Fortgeltung von Versicherungslasten

(1) Der Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung findet im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien weiter Anwendung.

(2) Die in Artikel 2 Buchstabe b des genannten Vertrags bezeichneten Verpflichtungen übernimmt der Träger der kroatischen Sozialversicherung gegenüber den in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des genannten Vertrags bezeichneten ehemaligen jugoslawischen Staatsangehörigen nur,

a) sofern er unter Anwendung des Artikels 1 Absatz 1 Buchstabe b des genannten Vertrags bereits Rente zahlt; dies gilt auch in bezug auf eine Nachfolgerente oder

b) für Personen mit kroatischer Staatsangehörigkeit oder

c) für Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit eines dritten Staates besitzen, mit Ausnahme einer Staatsangehörigkeit eines neuen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens entstandenen Staates, wenn sie am 1. Januar 1956 die kroatische Republikstaatsangehörigkeit hatten.

Artikel 42

Außerkrafttreten von Übereinkünften

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens treten im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien außer Kraft:

- das Abkommen vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit,
- das Änderungsabkommen hierzu vom 30. September 1974,
- die Vereinbarung vom 9. November 1969 zur Durchführung des Abkommens vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit.

Dio IV.

Prijelazne i završne odredbe

Članak 40.

Prava na davanja

(1) Na ovom se ugovoru ne temelji nikakvo pravo na davanja za razdoblje prije njegovog stupanja na snagu.

(2) U primjeni ovog ugovora uzet će se u obzir i činjenice koje su značajne prema pravnim propisima država ugovornica, a postojale su prije njegovog stupanja na snagu.

(3) Prijašnje odluke ne predstavljaju smetjnu za primjenu ovog ugovora.

(4) Ako se zahtjev za utvrđivanje mirovine na koju postoji pravo isključivo na osnovi ovog ugovora podnese u roku od 12 mjeseci nakon njegovog stupanja na snagu, isplata mirovine započet će od kalendarskog mjeseca na čijem su početku bili ispunjeni uvjeti za stjecanje, prava, a najranije od datuma stupanja na snagu Ugovora.

(5) Mirovine utvrđene prije stupanja na snagu ovog ugovora bit će na zahtjev ponovo utvrđene, ako isključivo na osnovi odredaba ovog ugovora dođe do promjena.

(6) Ako bi ponovno utvrđivanje mirovine prema stavku 5. rezultiralo gubitkom mirovine ili manjom mirovinom od one koja se je isplaćivala prije stupanja na snagu ovog ugovora, mirovina će se i dalje isplaćivati u dosadašnjoj svoti.

Članak 41.

Daljnja primjena obveza iz osiguranja

(1) Ugovor između Savezne Republike Njemačke i Federativne Narodne Republike Jugoslavije o reguliranju izvjesnih potraživanja iz socijalnog osiguranja od 10. ožujka 1956. i dalje se primjenjuje u odnosima između Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske.

(2) Nositelj hrvatskog socijalnog osiguranja preuzima obveze iz članka 2. slova b) navedenog ugovora u odnosu na bivše jugoslavenske državljane, navedene u članku 1. stavku 1. slova b) navedenog ugovora samo,

a) ako primjenom članka 1. stavka 1. slova b) već isplaćuje mirovinu; isto vrijedi i za mirovinu koja se na ovu nadovezuje, ili

b) za osobe s hrvatskim državljanstvom, ili

c) za osobe koje imaju njemačko državljanstvo ili državljanstvo neke treće države, s izuzetkom državljanstva jedne od novih država koje su nastale na području bivše Jugoslavije, ako su na dan 1. siječnja 1956. imale hrvatsko republičko državljanstvo.

Članak 42.

Stavljanje van snage dosadašnjih ugovora

Stupanjem na snagu ovog ugovora u odnosima izmedu Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske stavljaju se van snage:

- Sporazum između Savezne Republike Njemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o socijalnom osiguranju od 12. listopada 1968.,
- Sporazum o izmjeni toga Sporazuma od 30. rujna 1974.,
- Sporazum od 9. studenoga 1969., o provedbi Sporazuma između i Savezne Republike Njemačke Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o socijalnom osiguranju od 12. listopada 1968.

Artikel 43

Schlußprotokoll

Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 44

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Zagreb ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 45

Abkommensdauer

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Bonn am 24. November 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und kroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Članak 43.

Završni protokol

Priloženi Završni protokol sastavni je dio ovog ugovora.

Članak 44.

Ratifikacija i stupanje na snagu

(1) Ovaj ugovor podliježe ratifikaciji; ratifikacijske isprave razmijenit će se što je prije moguće u Zagrebu.

(2) Ovaj ugovor stupa na snagu prvoga dana mjeseca, nakon isteka mjeseca u kojem su razmijenjene ratifikacijske isprave.

Članak 45.

Trajanje ugovora

(1) Ovaj je ugovor sklopljen na neodređeno vrijeme. Svaka država ugovornica može ga pisano, diplomatskim putem, otkazati u roku od tri mjeseca prije isteka kalendarske godine.

(2) Ako se zbog otkazivanja ovaj ugovor stavi van snage, njegove odredbe o ranije stečenim pravima na davanja vrijedit će i dalje. Ograničavajući pravni propisi o isključenju nekog prava ili mirovanju, odnosno oduzimanju davanja zbog boravka u inozemstvu neće se primjenjivati na ta prava.

U potvrdu toga propisno opunomoćene osobe potpisale su ovaj ugovor i stavile svoje pečate.

Sastavljeno u Bonnu dana 24. studenoga 1997. u dva izvornika, svaki na njemačkom i hrvatskom jeziku, pri čemu je svaki tekst jednako obvezujući.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Saveznu Republiku Njemačku
Hillgenberg
R. Kraus

Für die Republik Kroatien
Za Republiku Hrvatsku
Joso Škara

Schlußprotokoll zum Abkommen vom 24. November 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien über Soziale Sicherheit

Završni protokol uz ugovor o socijalnom osiguranju između Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske od 24. studenoga 1997.

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

   a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Alterssicherung der Landwirte gelten die besonderen Bestimmungen über die Rentenversicherung (Abschnitt II Kapitel 3) nicht.

   b) Auf eine nach den deutschen Vorschriften unbeschränkt einkommensteuerpflichtige Person finden für deren Kinder mit Wohnsitz in der Republik Kroatien die innerstaatlichen deutschen Vorschriften über den Familienleistungsausgleich Anwendung.

   c) Ungeachtet der Bestimmung des Artikels 2 Absatz 2 berücksichtigt der kroatische Träger, falls erforderlich, bei kroatischen Staatsangehörigen oder Personen, die ihre Rechte von einem Versicherten mit kroatischer Staatsangehörigkeit ableiten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsort auch die Bestimmungen eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung. Der vorstehende Satz 1 gilt auch für andere in Artikel 3 genannte Personen, die sich gewöhnlich in der Republik Kroatien aufhalten, falls in anderen zwischenstaatlichen Abkommen nicht anderes bestimmt ist.

2. Zu Artikel 4 des Abkommens:

   a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Übereinkünften der beiden Vertragsstaaten bleiben unberührt.

   b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

Prigodom potpisivanja Ugovora o socijalnom osiguranju, sklopljenog danas između Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske, opunomoćenici obiju država ugovornica izjavljuju da su se suglasili o sljedećem:

1. Uz članak 2. Ugovora:

   a) Posebne odredbe o mirovinskom osiguranju (dio II, poglavlje 3) ne vrijede za dodatno talioničko-rudarsko osiguranje i za starosno osiguranje poljoprivrednika koja postoje u Saveznoj Republici Njemačkoj.

   b) Na osobu koja je prema unutarnjim njemačkim pravnim propisima neograničeni porezni obveznik primjenjuju se, za njenu djecu s prebivalištem u Republici Hrvatskoj, njemački pravni propisi o obiteljskim olakšicama.

   c) Bez obzira na odredbu članka 2. stavka 2., hrvatski će nositelj za hrvatske državljane ili osobe koje svoja prava izvode od osiguranika-hrvatskih državljana, neovisno o njihovom mjestu boravka, po potrebi uzeti u obzir i odredbe drugog ugovora ili međunarodnu regulativu. Prethodna rečenica vrijedi i za druge osobe iz članka 3. koje prebivaju u Republici Hrvatskoj, ako drugim međunarodnim ugovorima nije drukčije određeno.

2. Uz članak 4. Ugovora:

   a) Odredbe o reguliranju tereta osiguranja u međudržavnim ugovorima obiju država ugovornica ne diraju se.

   b) Pravni propisi jedne države ugovornice koji jamče sudjelovanje osiguranika i poslodavca u samoupravnim tijelima nositelja i udruženja, kao i u pravosuđu socijalnog osiguranja ne diraju se.

c) Kroatische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens 60 Monate Beiträge wirksam entrichtet haben; günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Nummer 1 Buchstaben b und c des Abkommens bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlosen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Republik Kroatien aufhalten. Eine vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens begonnene freiwillige Versicherung in der deutschen Rentenversicherung durch einen kroatischen Staatsangehörigen oder einen in Artikel 3 Nummer 1 Buchstabe b bezeichneten Flüchtling mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland bleibt unberührt. Kroatische Staatsangehörige und die in Artikel 3 Nummer 1 Buchstaben b und c bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlosen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Republik Kroatien aufhalten, können eine Erstattung der Beiträge zur deutschen Rentenversicherung nicht deshalb verlangen, weil sie nicht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt sind.

3. Zu Artikel 5 des Abkommens:

a) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Kroatien gilt Artikel 5 des Abkommens in bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht. Dies gilt nicht für Leistungsansprüche, die am Tag vor dem Inkrafttreten des Abkommens bestanden haben.

b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.

c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt.

d) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, werden nicht berührt.

4. Zu den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens:

Arbeitgeber von entsandten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen Trägern und Organisationen des Staates, in dem der Arbeitnehmer die Beschäftigung ausübt, zusammenzuarbeiten. Weitergehende innerstaatliche Vorschriften bleiben unberührt.

5. Zu den Artikeln 6 bis 11 und Artikel 18 Absatz 2 des Abkommens:

Untersteht eine Person nach den Bestimmungen des Abkommens über die Versicherungspflicht

a) den deutschen Rechtsvorschriften, so finden auf sie und ihren Arbeitgeber auch die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung und der Pflegeversicherung Anwendung,

b) den kroatischen Rechtsvorschriften, so finden auf sie und ihren Arbeitgeber auch die kroatischen Vorschriften über Arbeitslosenversicherung Anwendung.

6. Zu Artikel 7 des Abkommens:

Die festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag. Dauert die vorgesehene Entsendung länger als

c) Hrvatski državljani koji prebivaju izvan područja suvereniteta Savezne Republike Njemačke imaju pravo na dobrovoljno osiguranje u okviru njemačkog mirovinskog osiguranja, ako su za njega djelotvorno uplaćivali doprinose najmanje 60 mjeseci. Povoljniji unutarnji pravni propisi, ne diraju se. To vrijedi i za izbjeglice i osobe bez državljanstva, navedene u članku 3. točki 1. slovu b) i c) ovog ugovora, koje prebivaju na području suvereniteta Republike Hrvatske. Dobrovoljno osiguranje, u okviru njemačkog mirovinskog osiguranja, koje je za hrvatskog državljanina ili izbjeglicu, navedenu u članku 3. točki 1. slovu b) s prebivalištem izvan područja suvereniteta Savezne Republike Njemačke, započelo prije stupanja na snagu ovog ugovora ne dira se. Hrvatski državljani te izbjeglice i osobe bez državljanstva, navedene u članku 3. točki 1. slovu b) i c) koje prebivaju na području suvereniteta Republike Hrvatske, ne mogu zahtijevati vraćanje doprinosa iz njemačkog mirovinskog osiguranja iz razloga što nemaju pravo na dobrovoljno osiguranje u njemačkom mirovinskom osiguranju.

3. Uz članak 5. Ugovora:

a) Članak 5. Ugovora vrijedi za osobe koje prebivaju na području suvereniteta Republike Hrvatske u odnosu na mirovinu zbog smanjene sposobnosti za privređivanje prema njemačkim pravnim propisima samo onda, ako pravo postoji neovisno o trenutnom stanju na tržištu rada. To ne vrijedi za prava na davanja koja su postojala na dan prije stupanja na snagu ovog ugovora.

b) Njemački pravni propisi o davanjima zbog nesreća na poslu (profesionalnih bolesti) koje nisu nastale na području suvereniteta Savezne Republike Njemačke, kao i o davanjima na osnovi razdoblja osiguranja koja nisu navršena na području suvereniteta Savezne Republike Njemačke, ne diraju se.

c) Njemački pravni propisi o rehabilitacijskim davanjima od strane nositelja mirovinskog osiguranja, ne diraju se.

d) Njemački pravni propisi koji predviđaju mirovanje prava iz mirovinskog osiguranja za osobe koje boravkom u inozemstvu izbjegavaju kazneni postupak koji se protiv njih vodi, ne diraju se.

4. Uz članke 6. do 11. Ugovora:

Poslodavci izaslanih radnika obvezni su, na području zaštite na radu i sprječavanja nesreća na radu, surađivati s nadležnim nositeljima i organizacijama države u kojoj zaposlenik obavlja posao. Opširniji domaći propisi ostaju i dalje na snazi.

5. Uz članke 6. do 11. i članak 18. stavak 2. Ugovora:

Podliježe li neka osoba prema odredbama ovog ugovora o obvezi osiguranja

a) njemačkim pravnim propisima, onda se na nju i na njenog poslodavca također primjenjuju njemački propisi o obvezi osiguranja u osiguranju za slučaj nezaposlenosti i osiguranju za tuđu pomoć i njegu;

b) hrvatskim pravnim propisima, onda se na nju i na njenog poslodavca također primjenjuju hrvatski propisi o osiguranju za slučaj nezaposlenosti.

6. Uz članak 7. Ugovora:

Utvrđeni rok, za osobe koje su na dan stupanja na snagu ovog ugovora zaposlene, započinje toga dana. Ako predviđeno izaslanje traje duže od 24 mjeseca nakon dana stu-

24 Monate nach Inkrafttreten des Abkommens, so gilt für den verbleibenden Zeitraum die Anwendung der Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, aus dem der Arbeitnehmer entsandt wurde, nach Artikel 11 des Abkommens als vereinbart.

7. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Die deutschen Rechtsvorschriften der Unfallversicherung zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt.

8. Zu Artikel 11 des Abkommens:

Unterliegt bei Anwendung des Artikels 11 des Abkommens die betroffene Person den deutschen Rechtsvorschriften, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt oder tätig war, wobei eine durch die vorherige Anwendung des Artikels 7 des Abkommens zustandegekommene andere Regelung weiter gilt. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt oder tätig, so gilt sie an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

9. Zu Artikel 16 des Abkommens:

a) Im Falle des Absatzes 1 Buchstabe a ist die Anwendung der Bestimmungen über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete im Bereich der Krankenversicherung (Artikel 16) durch den Träger des Aufenthaltsorts davon abhängig, daß dieser vor der Leistungserbringung einen Vorschuß in Höhe der voraussichtlichen Leistungsaufwendungen erhält.

b) Die Bestimmungen über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5 und 16) finden in bezug auf ambulante und stationäre Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen nur Anwendung, sofern die für den zuständigen Träger maßgebenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften dies vorsehen.

c) Bei vorübergehendem Aufenthalt einer nach den kroatischen Rechtsvorschriften versicherten Person in der Bundesrepublik Deutschland bleiben im Verhältnis zwischen der kroatischen Krankenversicherung und dieser Person im Falle einer sofort benötigten stationären Krankenhausbehandlung die innerstaatlichen kroatischen Rechtsvorschriften über die Pflicht zur Rückkehr bei Reisefähigkeit der Person unberührt. Nachdem der kroatische Träger vom Träger des Aufenthaltsorts Auskunft über die Krankenhausbehandlung erhalten hat, kann er sich unmittelbar mit dem Krankenhaus, in dem die betreffende Person sich aufhält, in Verbindung setzen um zu erfragen, ob der Gesundheitszustand dieser Person einen Rücktransport zuläßt. Der Krankenhausarzt ist zur schriftlichen Auskunft über den Gesundheitszustand und die Rücktransportfähigkeit der Person verpflichtet. Die Beurteilung des Krankenhausarztes über die Möglichkeit des Rücktransports ist für den kroatischen Träger bindend. Bestätigt der Krankenhausarzt die Rücktransportfähigkeit der Person, übersendet er dem kroatischen Träger die hierzu erforderlichen ärztlichen Unterlagen. Ein Rücktransport wird von dem zuständigen kroatischen Träger organisiert und bezahlt. Im Verhältnis zum deutschen Träger des Aufenthaltsorts ist der zuständige kroatische Träger bis zur tatsächlichen Rückkehr der Person nach Kroatien zur Erstattung der Kosten für die Sachleistungsaushilfe nach Artikel 19 verpflichtet.

10. Zu Artikel 17 des Abkommens:

Zu den Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne des Absatzes 4 gehören nicht Krankenhausbehandlung, Arzneimittel und andere Sachleistungen, die nicht durch ihre Art, sondern wegen der Dauer ihrer Notwendigkeit einen erheblichen finanziellen Umfang erreichen.

panja na snagu ovog ugovora, onda prema članku 11. ovog ugovora za preostalo razdoblje vrijedi kao dogovorena primjena pravnih propisa one države ugovornice iz koje je zaposlenik izaslan.

7. Uz članak 9. Ugovora:

Njemački pravni propisi o osiguranju za clučaj nesreće na poslu u svezi sa zaštitom osiguranja pri pružanju pomoći i drugim aktivnostima u inozemstvu, koje ne ovise o zaposlenju, ne diraju se.

8. Uz članak 11. Ugovora:

Ako primjenom članka 11. Ugovora za dotičnu osobu vrijede njemački pravni propisi, smatra se da je ona zaposlena ili da radi u mjestu u kojem je bila zaposlena ili je radila neposredno prije, pri čemu i dalje vrijedi odredba, proizašla iz prijašnje primjene članka 7. Ugovora. Ako osoba nije ranije bila zaposlena ili nije radila na području suvereniteta Savezne Republike Njemačke, smatra se da je zaposlena ili da radi u mjestu u kojem nadležno njemačko tijelo ima svoje sjedište.

9. Uz članak 16. Ugovora:

a) U slučaju iz stavka 1. slova a) nositelj u mjestu boravka primjenjuje odredbe o izjednačenosti područja suvereniteta u pogledu zdravstvenog osiguranja (članak 16.) pod uvjetom da prije pružanja davanja primi predujam u visini predviđenih troškova davanja.

b) Odredbe o izjednačenosti područja suvereniteta (članci 5. i 16.) primjenjuju se pri ambulantnim i stacionarnim preventivnim i rehabilitacijskim mjerama zdravstvenog osiguranja, samo, ako to predviđaju domaći pravni propisi koji vrijede za nadležnog nositelja.

c) Ako osoba osigurana prema hrvatskim pravnim propisima privremeno boravi u Saveznoj Republici Njemačkoj u odnosima između hrvatskog zdravstvenog osiguranja i te osobe u slučaju hitnog stacionarnog bolničkog liječenja i dalje vrijede hrvatski pravni propisi o obvezi povratka osobe čije zdravstveno stanje dopušta prijevoz. Nakon što je hrvatski nositelj primio obavijest nositelja u mjestu boravka o bolničkom liječenju može se izravno obratiti bolnici u kojoj se nalazi dotična osoba i raspitati se o njezinom zdravstvenom stanju i mogućnostima prijevoza u domovinu. Bolnički liječnik je obvezan dati pisanu obavijest o zdravstvenom stanju i o mogućnosti prijevoza dotične osobe u domovinu. Ocjena bolničkog liječnika o mogućnosti prijevoza u domovinu obvezujuća je za hrvatskog nositelja. Ako bolnički liječnik potvrdi mogućnost prijevoza u domovinu, onda on dostavlja hrvatskom nositelju odgovarajuću medicinsku dokumentaciju. Nadležni hrvatski nositelj organizira o svom trošku prijevoz u domovinu. U odnosu prema njemačkom nositelju u mjestu boravka nadležni je hrvatski nositelj obvezan nadoknaditi troškove ispomoći davanja u naravi, sukladno članku 19. Ugovora, do stvarnog povratka osobe u Hrvatsku.

10. Uz članak 17. Ugovora:

U davanja u naravi od veće financijske vrijednosti u smislu stavka 4. ne spada bolničko liječenje, lijekovi i druga u naravi, koja ne po svojoj naravi, već zbog trajanja njihove nužnosti dosežu veći financijski opseg.

11. Zu Artikel 18 des Abkommens:

    Sind nach Absatz 3 die deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner anzuwenden, so ist der Träger der Krankenversicherung zuständig, dem der Versicherte in entsprechender Anwendung der innerstaatlichen Vorschriften über die Wahlrechte und Zuständigkeiten angehört. Wäre danach eine Allgemeine Ortskrankenkasse zuständig, so gehört die Person der AOK Rheinland, Regionaldirektion Bonn, an.

12. Zu Artikel 22 Absatz 1 des Abkommens:

    Die Anwendung des Absatzes 1 durch den Träger des Aufenthaltsorts ist davon abhängig, daß dieser vor der Leistungserbringung einen Vorschuß in Höhe der voraussichtlichen Leistungsaufwendungen erhält.

13. Zu Artikel 40 des Abkommens:

    a) In Fällen, in denen nach Artikel 25 Absatz 2 des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit eine Versicherungszeit von weniger als 12 Monaten bei der Berechnung der Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt wurde, verbleibt es dabei. Dies gilt auch für Fälle, in denen eine Rente ohne Unterbrechung in eine andere Rente übergeht.

    b) In Fällen, in denen nach Artikel 26 Absatz 2 Satz 4 des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit ein Kinderzuschuß oder ein Erhöhungsbetrag zur Hälfte erbracht wird, und in Fällen, in denen nach Artikel 27 Nummer 3 des genannten Abkommens die Zurechnungszeit zur Hälfte angerechnet wird, verbleibt es dabei.

14. Zu Artikel 42 des Abkommens:

    Eine Person, die nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats nach dessen Vorschriften Arbeitslosengeld erhält, hat für ihre Kinder mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Anspruch auf Kindergeld nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats nach Maßgabe des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit in der Fassung des Änderungsabkommens vom 30. September 1974, wenn am Tage vor dessen Außerkrafttreten für die Person Anspruch auf Arbeitslosengeld und Anspruch auf Kindergeld für das Kind besteht.

15. a) Dieses Abkommen und der Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung, soweit er Regelungen für die im folgenden Buchstaben b bezeichneten Tatbestände enthält, gelten nicht als Abkommen im Sinne der deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten; sie lassen diese Rechtsvorschriften unberührt.

    b) Die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Vertrags vom 10. März 1956 bezeichneten Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) und Versicherungszeiten gelten nach Maßgabe des Artikels 41 dieses Abkommens als in der kroatischen Sozialversicherung erfüllte Tatbestände im Sinne der deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten. Für die Berechnung der Leistungen werden sie so bewertet, als wäre der Vertrag vom 10. März 1956 nicht geschlossen worden.

    c) Hat eine in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Vertrags vom 10. März 1956 genannte Person oder der Hinterbliebene dieser Person nach dem 1. Januar 1956, aber vor dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit, den ständigen Wohnsitz im Gebiet der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien aufgegeben, so gelten für sie hinsichtlich ihrer im Vertrag vom 10. März 1956 bezeichneten Ansprüche und Anwartschaften die Buch-

11. Uz članak 18. stavak 3. Ugovora:

    Primjenjuju li se, prema stavku 3., njemački pravni propisi o zdravstvenom osiguranju umirovljenika, tada je nadležan onaj nositelj zdravstvenog osiguranja kojem osiguranik pripada uz odgovarajuću primjenu unutarnjih pravnih propisa o pravu izbora i nadležnostima. Ako je, prema tome, nadležna neka opća mjesna bolesnička blagajna, osoba će pripadati Općoj mjesnoj bolesničkoj blagajni Rheinland, Područna direkcija Bonn.

12. Uz članak 22. stavak 1. Ugovora:

    Nositelj u mjestu boravka primjenjuje stavak 1. pod uvjetom da prije pružanja davanja primi predujam u visini predviđenih troškova davanja.

13. Uz članak 40. Ugovora:

    a) U slučajevima u kojima je prema članku 25. stavku 2. Sporazuma o socijalnom osiguranju od 12. listopada 1968. pri obračunu mirovine, prema pravnim propisima druge države ugovornice, uzeto u obzir razdoblje osiguranja kraće od 12 mjeseci, ne dolazi do promjene. To vrijedi i u slučajevima u kojima jedna mirovina prelazi bez prekida u drugu.

    b) U slučajevima u kojima se prema članku 26. stavku 2. rečenici 4. Sporazuma o socijalnom osiguranju od 12. listopada 1968. isplaćuje samo pola svote doplatka za djecu ili nekog povećanja, kao i u slučajevima u kojima se prema članku 27. točka 3. navedenog Sporazuma pridodano razdoblje uračunava samo u polovici trajanja, ne dolazi do promjene.

14. Uz članak 42. Ugovora:

    Osoba koja, nakon prestanka radnog odnosa na području suvereniteta jedne države ugovornice, prima naknadu za slučaj nezaposlenosti prema njenim pravnim propisima ima pravo na doplatak za svoju djecu s mjestom stanovanja ili prebivalištem u drugoj državi ugovornici prema pravnim propisima prve države ugovornice, prema mjerilima Sporazuma o socijalnom osiguranju od 12. listopada 1968. u inačici izmijenjenog Sporazuma od 30. rujna 1974. ako na dan prije njegovog stavljanja izvan snage ima pravo na naknadu za slučaj nezaposlenosti i pravo na doplatak za djecu.

15. a) Ovaj ugovor i Ugovor između Federativne Narodne Republike Jugoslavije i Savezne Republike Njemačke o reguliranju izvjesnih potraživanja iz socijalnog osiguranja od 10. ožujka 1956. ukoliko sadrži odredbe o činjeničnim stanjima, navedenima pod slovom b) koje slijedi, ne vrijede kao ugovor u smislu njemačkih pravnih propisa o stranim mirovinama – oni ne diraju u te pravne propise.

    b) Nesreće na poslu (profesionalne bolesti) i razdoblja osiguranja navedena u članku 1. stavku 1. slovu b) Ugovora od 10. ožujka 1956. vrijede prema članku 41. Ugovora kao činjenična stanja nastala u okviru hrvatskog socijalnog osiguranja u smislu njemačkih pravnih propisa o stranim mirovinama. Pri izračunavanju davanja ona se vrednuju kao da Ugovor od 10. ožujka 1956. nije sklopljen.

    c) Ako je osoba, navedena u članku 1. stavku 1. slovu b) Ugovora od 10. ožujka 1956. ili nadživjeli član obitelji te osobe, nakon 1. siječnja 1956. ali prije stupanja na snagu Sporazuma o socijalnom osiguranju od 12. listopada 1968., prestala prebivati na području bivše Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, za nju u pogledu prava i očekivanih prava navedenih u Ugovoru od 10. ožujka 1956. vrijede slova a) i b) ove točke počevši od dana napuštanja mjesta stanovanja, ako je

staben a und b dieser Nummer mit Wirkung vom Tag der Wohnsitzaufgabe an, wenn die Person oder ihr Hinterbliebener am Tag der Antragstellung deutscher Staatsangehöriger ist.

d) Eine Anwartschaft im Sinne des Artikels 1 des Vertrags vom 10. März 1956 ist nur in bezug auf den Versicherten gegeben.

ta osoba ili nadživjeli član njene obitelji na dan podnošenja zahtjeva njemački državljanin.

d) Očekivano pravo u smislu članka 1. Ugovora od 10. ožujka 1956. postoji samo u odnosu na osiguranika.

Geschehen zu Bonn am 24. November 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und kroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sastavljeno u Bonnu dana 24. studenoga 1997. u dva izvornika, svaki na njemačkom i hrvatskom jeziku, pri čemu je svaki tekst jednako obvezujući.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Saveznu Republiku Njemačku
Hillgenberg
R. Kraus

Für die Republik Kroatien
Za Republiku Hrvatsku
Joso Škara

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 24. November 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien über Soziale Sicherheit

Sporazum o provedbi Ugovora o socijalnom osiguranju između Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske od 24. studenoga 1997.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Kroatien –

auf der Grundlage des Artikels 36 Absatz 1 des Abkommens vom 24. November 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien über Soziale Sicherheit, im folgenden als „Abkommen" bezeichnet –

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In den Bestimmungen dieser Vereinbarung werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Aufklärungspflichten

Den nach Artikel 36 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und den zuständigen deutschen Trägern nach Artikel 36 Absatz 4 des Abkommens obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3

Mitteilungspflichten

(1) Die in Artikel 36 Absätze 2 und 4 und in Artikel 28 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dem Abkommen und dieser Vereinbarung ergeben.

Vlada Savezne Republike Njemačke

i

Vlada Republike Hrvatske

na osnovi članka 36. stavka 1. Ugovora o socijalnom osiguranju između Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske od 24. studenoga 1997. (u daljnjem tekstu nazvanog Ugovorom),

sporazumjele su se o sljedećem:

Dio I.

Opće odredbe

Članak 1.

Definicije pojmova

U odredbama ovoga sporazuma upotrebljavaju se pojmovi iz Ugovora u značenju koje im je tamo određeno.

Članak 2.

Obveza objašnjavanja

Tijela za vezu iz članka 36. stavka 2. Ugovora i nadležni njemački nositelji iz članka 36. stavka 4. Ugovora obvezni su, u okviru svoje nadležnosti, objašnjavati zainteresiranim osobama koje dolaze u obzir prava i obveze prema Ugovoru.

Članak 3.

Obveze izvješćivanja

(1) Službe navedene u članku 36. stavcima 2. i 4. i u članku 28. Ugovora dužne su u okviru svoje nadležnosti, jedna drugoj i zainteresiranim osobama priopćavati činjenice i stavljati na raspolaganje dokaze potrebne za osiguravanje prava i obveza, koje proizlaze iz pravnih propisa navedenih u članku 2. stavku 1. Ugovora, kao i iz Ugovora i ovoga sporazuma.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

(2) Ako je osoba, prema pravnim propisima navedenim u članku 2. stavku 1. Ugovora, prema Ugovoru ili prema ovom sporazumu obvezna priopćiti određene činjenice nositelju ili nekoj drugoj službi, ta obveza vrijedi i u odnosu na odgovarajuće činjenice koje postoje na području suvereniteta druge države ugovornice ili prema njezinim pravnim propisima. To vrijedi i onda ako osoba mora staviti na raspolaganje određene dokaze.

Artikel 4

Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

(1) In den Fällen der Artikel 7, 10 und 11 des Abkommens erteilt der zuständige Träger des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, daß der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber diesen Rechtsvorschriften unterstehen. Die Bescheinigung muß in den Fällen der Artikel 7 und 11 des Abkommens mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, die Bescheinigung aus.

(3) Sind die kroatischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt die Kroatische Anstalt für Krankenversicherung diese Bescheinigung aus.

Članak 4.

Potvrda o pravnim propisima koji se primjenjuju

(1) U slučajevima iz članaka 7., 10. i 11. Ugovora, nadležni nositelj države ugovornice, čiji se pravni propisi trebaju primjenjivati, izdaje, na zahtjev, potvrdu u svezi sa zaposlenjem koje dolazi u obzir, iz koje se vidi da ti pravni propisi vrijede za zaposlenika i za poslodavca. U slučajevima iz članaka 7. i 11. u potvrdi mora biti naveden određeni rok valjanosti.

(2) Primjenjuju li se njemački pravni propisi, potvrdu izdaje nositelj zdravstvenog osiguranja kojemu se uplaćuju doprinosi za mirovinsko osiguranje, a inače Savezni zavod za osiguranje namještenika, Berlin.

(3) Primjenjuju li se hrvatski pravni propisi, potvrdu izdaje Hrvatski zavod za zdravstveno osiguranje.

Artikel 5

Zahlverfahren

Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats können unmittelbar oder unter Einschaltung von Verbindungsstellen beziehungsweise der zuständigen deutschen Träger nach Artikel 36 Absatz 4 des Abkommens ausgezahlt werden.

Članak 5.

Postupak isplate

Novčana davanja korisnicima, na području suvereniteta druge države ugovornice, mogu se isplaćivati izravno, ili preko tijela za vezu, odnosno preko nadležnih njemačkih nositelja iz članka 36. stavka 4. Ugovora.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

Artikel 6

Nachweis der Arbeitsunfähigkeit

(1) Für den Bezug von Geldleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, legt die betreffende Person im Falle einer ambulanten Behandlung innerhalb von drei Tagen nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit dem Träger des Aufenthaltsorts eine ärztliche Bescheinigung über ihre Arbeitsunfähigkeit vor. Der Träger des Aufenthaltsorts überprüft und bestätigt die Arbeitsunfähigkeit der Person innerhalb von drei Tagen und teilt das Ergebnis unverzüglich dem zuständigen Träger mit. Die Überprüfung erfolgt in der gleichen Weise wie bei der Überprüfung der eigenen Versicherten.

(2) Geht die Arbeitsunfähigkeit über die voraussichtliche Dauer hinaus, so gilt Absatz 1 entsprechend.

Dio II.

Posebne odredbe

Poglavlje 1.

Zdravstveno osiguranje

Članak 6.

Dokazivanje nesposobnosti za rad

(1) Za primanje novčanih davanja u slučaju boravka na području suvereniteta države ugovornice u kojoj nadležni nositelj nema svoje sjedište, dotična osoba, u slučaju ambulantnog liječenja, dostavlja nositelju u mjestu boravka, u roku od tri dana, nakon početka nesposobnosti za rad, liječničku potvrdu o nesposobnosti za rad. Nositelj u mjestu boravka provjerava i potvrđuje nesposobnost za rad osobe u roku od tri dana i rezultat neodložno priopćava nadležnom nositelju. Provjera se obavlja na isti način kao i u slučaju vlastitih osiguranika.

(2) Traje li nesposobnost za rad duže nego što je predviđeno, jednako se primjenjuje stavak 1.

Artikel 7

Mitteilung über Krankenhausaufenthalt

Im Falle einer stationären Krankenhausbehandlung einer versicherten Person teilt der Träger des Aufenthaltsorts dem zuständigen Träger den Krankenhausaufenthalt und seinen Beginn mit. Die Mitteilung ist innerhalb von 3 Arbeitstagen, nachdem der Trä-

Članak 7.

Obavijest o bolničkom liječenju

U slučaju stacionarnog bolničkog liječenja osigurane osobe, nositelj u mjestu boravka dostavlja nadležnom nositelju obavijest o bolničkom liječenju i njegovom početku. Obavijest treba slati u roku od tri radna dana, nakon što je nositelj u mjestu bor-

ger des Aufenthaltsorts von dem Krankenhausaufenthalt Kenntnis erhalten hat, abzusenden. Das Ende des Krankenhausaufenthalts ist unverzüglich mitzuteilen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht, soweit dem Träger des Aufenthaltsorts die Kosten der Sachleistungsaushilfe pauschal erstattet werden.

avka saznao za bolničko liječenje. Završetak bolničkog liječenja treba neodgodivo javiti. Rečenice prva do treće ne vrijede ako se nositelju u mjestu boravka troškovi za ispomoć pri pružanju davanja u naravi nadoknađuju paušalno.

Artikel 8

Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen

Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach dem Abkommen hat der Berechtigte dem Träger des Aufenthaltsorts eine vom zuständigen Träger ausgestellte Bescheinigung vorzulegen.

Članak 8.

Potvrda o pravu na davanja u naravi

Radi korištenja davanja u naravi, sukladno Ugovoru, korisnik je obvezan nositelju u mjestu boravka, dostaviti potvrdu koju je izdao nadležni nositelj.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 9

Nachweis der Arbeitsunfähigkeit

Die Bestimmung des Artikels 6 über den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit gilt entsprechend.

Artikel 10

Anspruchsbescheinigung

Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach dem Abkommen hat der Berechtigte dem Träger des Aufenthaltsorts eine vom zuständigen Träger ausgestellte Bescheinigung vorzulegen.

Artikel 11

Arbeitsunfallanzeige

(1) Für die Anzeige des Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Versicherung besteht.

(2) Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet. Er unterrichtet davon unverzüglich den Träger des Aufenthaltsorts. Geht diesem die Anzeige zu, so übersendet er sie unverzüglich dem zuständigen Träger.

Poglavle 2.

Osiguranje za slučaj nesreće na poslu

Članak 9.

Dokazivanje nesposobnosti za rad

Jednako se primjenjuje odredba članka 6. o dokazivanju nesposobnosti za rad.

Članak 10.

Potvrda o postojanju prava

Radi korištenja davanja u naravi, sukladno Ugovoru, korisnik je obvezan nositelju u mjestu boravka, dostaviti potvrdu koju je izdao nadležni nositelj.

Članak 11.

Prijava o nesreći na poslu

(1) Za prijavu o nesreći na poslu (profesionalnoj bolesti) vrijede pravni propisi države ugovornice prema kojima postoji osiguranje.

(2) Prijava se podnosi nadležnom nositelju. On o tome neodgodivo izvješćuje nositelja u mjestu boravka. Dostavi li se prijava njemu, on je neodgodivo šalje nadležnom nositelju.

Kapitel 3

Verschiedenes

Artikel 12

Statistiken

Die nach Artikel 36 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 36 Absatz 4 des Abkommens erstellen jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Rentenzahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Poglavlje 3.

Razno

Članak 12.

Statistički podaci

Tijela za vezu iz članka 36. stavka 2. Ugovora i nadležni njemački nositelji iz članka 36. stavka 4. Ugovora, izrađuju godišnje statističke podatke prema stanju na dan 31. prosinca o izvršenim isplatama mirovine na područje suvereniteta druge države ugovornice. Podaci po mogućnosti trebaju obuhvaćati broj i ukupnu svotu mirovina podijeljenih prema vrstama kao i otpremnina. Statistički se podaci razmjenjuju.

Abschnitt III

Schlußbestimmung

Artikel 13

Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Dio III.

Završna odredba

Članak 13.

Stupanje na snagu i trajanje Sporazuma

(1) Ovaj sporazum stupa na snagu onog dana kad obje države ugovornice jedna drugu obavijeste da su ispunjeni potrebni unutarnji uvjeti za njegovo stupanje na snagu.

(2) Sie ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

(2) Sporazum se primjenjuje od dana stupanja na snagu Ugovora i ostaje na snazi za isto vrijeme.

Geschehen zu Bonn am 24. November 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und kroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sastavljeno u Bonnu dana 24. studenoga 1997. u dva izvornika, svaki na njemačkom i hrvatskom jeziku, pri čemu je svaki tekst jednako obvezujući.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Saveznu Republiku Njemačku
Hillgenberg
R. Kraus

Für die Republik Kroatien
Za Republiku Hrvatsku
Joso Škara

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien wurden die Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit durch das Abkommen vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit umfassend geregelt. Nach der Eigenstaatlichkeit Kroatiens kamen Deutschland und Kroatien überein, das genannte Abkommen im Verhältnis zwischen den beiden Staaten vorübergehend bis zum Abschluß eines neuen Abkommens weiter anzuwenden.

Das neue Abkommen trägt den in beiden Staaten eingetretenen politischen Änderungen und den im Bereich der Sozialen Sicherheit eingetretenen Rechtsentwicklungen Rechnung. Es regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung. Das Abkommen begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Artikel 2, der durch Nummer 1 des Schlußprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. In Artikel 2 Abs. 2 ist klargestellt, daß bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben. Dies gilt nicht, wenn diese zwischenstaatlichen Verträge oder das überstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten.

Artikel 2 umfaßt auch die künftig in Kraft tretenden einschlägigen Rechtsvorschriften.

Die in Nummer 1 Buchstabe a des Schlußprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Alterssicherung der Landwirte nicht in die innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 2 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Buchstabe c der Bestimmung knüpft für kroatische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und für Flüchtlinge und Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt in Kroatien das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung u.a. an die Voraussetzung einer Vorbeitragszeit von 60 Monaten in der deutschen Rentenversicherung. Kroatische Staatsangehörige, Flüchtlinge und Staatenlose mit Wohnsitz in Kroatien haben auch dann keinen Anspruch auf Erstattung der Beiträge aus der deutschen Rentenversicherung, wenn sie zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung nicht berechtigt sind.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, daß Leistungen auch erbracht werden können, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaat aufhält. Nummer 3 des Schlußprotokolls enthält ergänzende Regelungen. Insbesondere bestimmt Nummer 3 Buchstabe a des Schlußprotokolls, daß Renten wegen Berufsunfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit Aufenthalt in Kroatien gezahlt werden, wenn bei der Feststellung der Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand des Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt hat.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht bei einer Kollision der deutschen und kroatischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Nach Artikel 6 richtet sich die Versicherungspflicht grundsätzlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Die Artikel 7 bis 10, die durch die Nummern 6 und 7 des Schlußprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 11 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die auf Grund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt und läßt eine abweichende Bestimmung zu.

Nach Artikel 12 sind gewisse rechtserhebliche Tatbestände aus dem Bereich des anderen Staates denen im Bereich des eigenen Staates gleichgestellt. Mit der Regelung werden in bestimmtem Umfang Besserstellungen des Berechtigten vermieden, die sich aus dem Versicherungsablauf innerhalb der Systeme beider Staaten ergeben.

Die Artikel 13 bis 19 sowie die Nummern 9 bis 11 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Bestimmungen über die Krankenversicherung.

Artikel 16 bestimmt, daß die nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung eines Vertragsstaats versicherten Personen unter näher festgelegten Voraussetzungen bei – z.B. vorübergehendem – Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen erhalten können.

Nach Artikel 17 werden die Sachleistungen für Personen mit Aufenthalt im anderen Vertragsstaat nach dessen

Rechtsvorschriften von der dortigen Krankenversicherung erbracht; die Kosten werden von der Krankenversicherung der Person im Herkunftsstaat erstattet.

Artikel 18 bestimmt für Rentner, welcher Krankenversicherung – der deutschen oder der kroatischen – sie zuzuordnen sind.

Die Artikel 20 bis 24 und die Nummer 12 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung. Insbesondere bestimmt Artikel 22, daß Personen, die wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats haben, diese auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat erhalten. Die Sachleistungen werden nach den Rechtsvorschriften des Aufenthaltsstaats von den dortigen Versicherungsträgern erbracht; die Kosten werden von der Versicherung der betreffenden Person im Herkunftsstaat erstattet (Artikel 24).

Die Artikel 25 bis 27 enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 25 bestimmt, daß Versicherungszeiten, die in der deutschen und kroatischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem der Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 26 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 27 nähere Regelungen für die Anwendung der kroatischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 28 bis 39 enthalten die üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 40 bis 45 enthalten Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Nach Artikel 41 findet der Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung weiter Anwendung (Versicherungslastregelung zwischen Deutschland und Jugoslawien im Zusammenhang mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs).

Nach Artikel 42 tritt im Verhältnis zwischen Deutschland und Kroatien das Abkommen vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit außer Kraft.

Denkschrift zur Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsstaaten, das Ausstellen von Bescheinigungen und das Verfahren bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

Nach Artikel 1 haben die Ausdrücke in der Vereinbarung die gleiche Bedeutung wie im Abkommen.

Nach Artikel 2 obliegt den zuständigen Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über das Abkommen.

Artikel 3 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 4 regelt Näheres über Bescheinigungen vor allem für in den anderen Vertragsstaat entsandte Arbeitnehmer.

Aufgrund des Artikels 5 können Geldleistungen in den anderen Vertragsstaat entweder über eine dort befindliche Verbindungsstelle oder unmittelbar an den Empfänger ausgezahlt werden.

Die Artikel 6 bis 8 enthalten Bestimmungen für die Krankenversicherung.

Artikel 6 regelt die Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit, wenn Geldleistungen (Krankengeld) bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat in Anspruch genommen werden.

Artikel 7 regelt die Mitteilungspflichten bei erforderlicher Krankenhausbehandlung einer versicherten Person bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat.

Artikel 8 bestimmt, daß bei der Inanspruchnahme von Sachleistungen im anderen Vertragsstaat der Versicherte eine Bescheinigung seiner Krankenversicherung vorzulegen hat.

Die Artikel 9 bis 11 enthalten die besonderen Vorschriften für die Unfallversicherung.

Artikel 12 enthält eine Regelung über den Austausch von Statistiken über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Rentenzahlungen.

Artikel 13 enthält die üblichen Schlußbestimmungen.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 82114094 4. 98
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333